Die Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Zweiter Tätigkeitsbericht

Berichtszeitraum: 1. Januar 2012 – 31. Dezember 2013



Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) Hegelallee 3 14467 Potsdam Telefon: 0331 / 23 72 92 - 0

Telefax: 0331 / 23 72 92 - 29 aufarbeitung@lakd.brandenburg.de www.aufarbeitung.brandenburg.de

27. März 2014

Zweiter Tätigkeitsbericht

Der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Berichtszeitraum: 1. Januar 2012 – 31. Dezember 2013

Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) Hegelallee 3 14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 23 72 92 - 0 Telefax: 0331 / 23 72 92 - 29

aufarbeitung@lakd.brandenburg.de www.aufarbeitung.brandenburg.de

27. März 2014

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	Einleitung	4
2	Politische Erwachsenenbildung	7
2.1	Der Auftrag	7
2.2	Ausgewählte Veranstaltungen und Impulse	
2.2.1	"ZEITSCHNITT – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten"	
2.2.2	16. Bundeskongress 11. bis 13. Mai 2012 in Erkner – "Disziplinierung durch Arbeit"	
2.2.3	Weitere Veranstaltungen mit den anderen Landesbeauftragten	
2.2.4	Militärgefängnis und Disziplinareinheit in Schwedt/Oder	
2.2.5	Heimerziehung in der DDR	9
2.2.6	Veranstaltungen zur Geschichte der Landwirtschaft in der DDR 1945 – 1990 und zum Transformationsprozess 1990 – 1995 im Land Brandenburg	11
2.2.7	Veranstaltungen in Kooperation mit der Gruppe zeitgeschichtlicher Institutionen in Potsdam (ZIP)	11
2.3	Was hat sich bewährt?	
2.4	Ausblick – Vision	
2.5	Wanderausstellungen	
2.6	Publikationen	
2.7	Filme	15
3	Angebote der Aufarbeitungsbeauftragten für die junge Generation	16
3.1	Politisch-historische Bildungsarbeit mit Jugendlichen in und außerhalb der Schule	
3.2	Angebote für Pädagoginnen und Pädagogen	18
3.3	Der neue Seminarkurs in der gymnasialen Oberstufe als Chance für die	
	zeitgeschichtliche Bildung	19
4	Beratung	21
4.1	Schwerpunkte der Bürgerberatung 2012/2013	21
4.2	Strafrechtliche Rehabilitierung	22
4.3	Berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung	23
4.4	Verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden	24
4.5	Die Zusammenarbeit mit der Rehabilitierungsbehörde, dem Landesamt für Soziales	
	und Versorgung (LASV) und Gerichten im Land Brandenburg	26
4.6	Die Beratung kommunaler Vertretungskörperschaften	26
4.7	Die dezentrale Beratung	27
4.7.1	Inhalte der Beratungsgespräche	27
4.7.2	Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit	28
4.7.3	Zusammenarbeit mit anderen Institutionen	29
5	Förderung von Aufarbeitungsproiekten	30

		Seite
6 6.1	Gremien, in denen die Beauftragte des Landes vertreten ist Enquete-Kommission 5/1	
6.2	Weitere Gremien in denen die Aufarbeitungsbeauftragte des Landes Brandenburg mitarbeitet	31
7	PR- und Medienarbeit	. 32
8	Die Zusammenarbeit mit Lagergemeinschaften, Opferverbänden und -vereinen sowie Aufarbeitungsinitiativen	. 33
9	Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten und dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)	. 35
9.1 9.2	LStU-Konferenz Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU)	
10	Die Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg für ehemalige Heimkinder der DDR bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen	
	der kommunistischen Diktatur (LAkD)	
10.1	Einleitung	
10.1.1	Leid und Unrecht in der Heimerziehung der DDR	
10.1.2	Der Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren von 1949 bis 1990"	
10.2	Einrichtung der Anlauf- und Beratungsstelle	
10.3	Die Aufgaben der Anlauf- und Beratungsstelle	
10.3.1	Die Anlauf- und Beratungsstelle als Ansprechpartner	
10.3.2	Die Beratung ehemaliger Heimkinder	38
10.3.3 10.3.4	Einige Zahlen zur Anlauf- und Beratungsstelle	
	Kooperationspartner	
10.3.5	Unterstützung für Selbsthilfeinitiativen	
10.4	Beirat der Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg	
10.5	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
10.6	Die Situation der Anlauf- und Beratungsstelle im 4. Quartal 2013	. 44
11	Internationale Kontakte	45
12	Anhang	
12.1	Eigene Veranstaltungen der Aufarbeitungsbeauftragten und Kooperationen	. 47
12.2	Beiträge der Aufarbeitungsbeauftragten und ihrer Mitarbeiter auf Veranstaltungen Dritter	55
12.3 12.4	Die Aufarbeitungsbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und MitarbeiterGeförderte Projekte	. 63
		- '

1 Einleitung

Die ersten vier Jahre liegen hinter uns. Dass es eine Beauftragte für die Aufarbeitung gibt, hat sich im Land Brandenburg herumgesprochen. Worin die Arbeit dieser Behörde im Einzelnen besteht, ist weniger bekannt. Noch immer treffen wir Menschen, die annehmen, dass wir Akten der Staatssicherheit verwalten. Dabei liegt unser Schwerpunkt bei denen, gegen die sich die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit richtete. In der Behörde der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) werden Menschen beraten, die von politischer Verfolgung zur Zeit der sowjetischen Besatzungszone und der DDR unmittelbar und mittelbar betroffen waren. Wir helfen den Ratsuchenden bei der Wahrnehmung ihrer Rehabilitierungs- und Entschädigungsansprüche, bei Aktenrecherchen und bei der Verarbeitung ihrer Unrechtserfahrungen. Und wir unterstützen die Arbeit der Opferverbände, fördern deren Vernetzung und Selbsthilfeaktivitäten.

Außerdem tragen wir dazu bei, die Öffentlichkeit über die Wirkungsweisen diktatorischer Herrschaftsformen, insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, zu unterrichten. Um diesem Auftrag zu entsprechen, haben wir vielfältige Formen entwickelt, in denen Brandenburgerinnen und Brandenburger sich mit Themen der Aufarbeitung der DDR-Geschichte auseinandersetzen können. In verschiedenen Kooperationsbeziehungen sind öffentliche Veranstaltungen, Ausstellungen, Workshops, Fortbildungen, Forschungsprojekte und Publikationen entstanden, über die der vorliegende Tätigkeitsbericht Auskunft gibt.

Seit Juli 2012 gehört eine regionale Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder, denen Unrecht und Leid während ihrer Heimunterbringung in der DDR zugefügt wurde, zu unserer Behörde. Auf der Grundlage bundesstaatlicher Vereinbarungen zum Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren von 1949 bis 1990" erfolgt diese Beratung mit dem Ziel, bei heute noch vorhandenen Folge-



Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe (1. Reihe, Vierte von rechts) mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie vielen Kooperationspartnern im Januar 2013

schäden materielle und immaterielle Unterstützung zu leisten und die Gewährung von Rentenausgleichszahlungen zu prüfen.

Und schließlich gehört die enge Zusammenarbeit mit Brandenburgischen Gedenkstätten und für politische Bildung zuständigen Stellen sowie mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zu unseren Aufgaben.

Die am 11. Juni 2010 begonnene Arbeit der Enquete-Kommission 5/1 "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Die Aufarbeitungsbeauftragte war kein ordentliches Mitglied dieser Kommission, durfte aber beratend teilnehmen, sich in den Diskussionen äußern, besaß aber kein Stimmrecht. Darüber hinaus war sie zusammen mit der Landtagsabgeordneten Susanne Melior (SPD) Berichterstatterin für den Themenbereich II: "Wiedergutmachung und nachhaltige Würdigung der Opfer des SED-Regimes". Die Begleitung der Kommissionsarbeit durch die Medien belebte die öffentliche Auseinandersetzung zu Fragen des Umgangs mit der DDR-Vergangenheit. Das kam auch der Arbeit unserer Behörde zugute, in Hinblick auf unsere Bemühungen, in unserem Bundesland die soziale Stellung der ehemals Verfolgten und Benachteiligten zu verbessern, die gesellschaftliche Wahrnehmung der Schicksale von Diktaturopfern zu erweitern und die Bereitschaft zu fördern, sich mit den geistigen und mentalen Folgen diktatorischer Herrschaft auseinanderzusetzen.

In den Berichtszeitraum fiel auch der 16. Bundeskongress (11. bis 13. Mai 2012), der jährlich von den Aufarbeitungsbeauftragten der neuen Bundesländer sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstaltet wird, und der 2012 unter der Federführung Brandenburgs in Erkner stattfand. Der Schwerpunkt dieses Kongresses lag auf dem Thema "Arbeit als Herrschaftsinstrument in der SED-Diktatur".

Empfehlungen aus Öffentlichkeit und Politik aufnehmend haben wir im Berichtszeitraum die politisch-historische Bildungsarbeit für junge Menschen verstärkt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf regionalgeschichtlichen Themen. Dies geschieht sowohl durch politisch-historische Bildungsarbeit mit den Jugendlichen selbst, z. B. in Workshops und Veranstaltungen, als auch durch Unterstützung von Pädagoginnen und Pädagogen in Form von Fortbildungen und Fachveranstaltungen. Inzwischen ist ein breites Netz von regionalen Kooperationspartnern wie Museen und Gedenkstätten, Fachberaterinnen und Fachberater der staatlichen Schulämter, Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrer sowie Aufarbeitungsinstitutionen entstanden, mit denen die Bildungsangebote für junge Menschen und pädagogische Multiplikatoren entwickelt wurden. Im Jahr 2013 ist dazu ein Leporelloplakat mit Angeboten für Schulen und andere interessierte Bildungsinstitutionen veröffentlicht worden.

Die Diskussionen über Amts- und Mandatsträger, die mit dem MfS zusammengearbeitet hatten, hielten auch im zweiten Berichtszeitraum noch an. Die LAkD hat in diesem zweiten Berichtszeitraum weiterhin in Einzelfällen Dienstherren in Ministerien und anderen Einrichtungen im öffentlichen Dienst, Leitungen von Institutionen, Kreistage und kommunale Gebietskörperschaften in Hinblick auf Überprüfungsmöglichkeiten, Verfahrensfragen und die Bewertung von Auskünften des BStU über eine Stasi-Belastung von Amts- bzw. Mandatsträgern beraten. In der Öffentlichkeit wird dieses Thema unterschiedlich bewertet. Während die einen fordern, dass nach über 20 Jahren eine frühere Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit endlich einmal als verjährt gelten und damit unerwähnt bleiben müsse, gibt es andere, für die es unerträglich ist, ehemalige Mitarbeiter des MfS in öffentlichen Ämtern und in politischer Verantwortung zu wissen. Einer im Rahmen der Enquete-Kommission 5/1 erfolgten FORSA-Umfrage zufolge spricht sich die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Branden-

burger dafür aus, dass zu DDR-Zeiten ausgeübte staatsnahe Tätigkeiten von heutigen Amts- und Mandatsträgern offengelegt werden sollten. Die Bemühung der LAkD ist darauf gerichtet, in der brandenburgischen Bevölkerung – damit auch in der Wählerschaft – die Fähigkeit zu einem differenzierten Urteil über schuldhafte Mitwirkung an systembedingtem Unrecht zu verbessern. Nicht jede als IM registrierte Person hat in verwerflicher Weise denunziert. Und manch einer, der zu DDR-Zeiten in leitender Position war, und über den es keine IM-Akte gibt, kann sich durchaus an menschenrechtsverletzenden Praktiken beteiligt haben.

So wichtig die Debatten über Schuld und Verantwortung auch heute noch sind – so entscheidend ist für unsere demokratische Kultur auch der Umgang mit den Opfern der Diktatur. Dabei geht es auch – aber keineswegs nur – um nachträgliche Gerechtigkeit und Milderung der Folgelasten für die Betroffenen. Hingewiesen sei auch auf den demokratiefördernden Aspekt, den eine Anerkennung und Würdigung jener Menschen bedeutet, die sich der Diktatur widersetzt haben. Wie wollen wir junge Menschen zum Engagement für Demokratie ermutigen, wenn diejenigen auch heute noch am sozialen Rand stehen, die Karriere, Sicherheit, Wohlstand, ihre Gesundheit oder gar ihr Leben riskiert haben, um nicht mitschuldig am menschenverachtenden System in der DDR zu werden? Auch heute ist der Einsatz für die Erhaltung demokratischer Grundrechte kein Selbstläufer und bedarf der Anstrengung und mitunter des Mutes auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen.

Das Land Brandenburg hat sich relativ spät entschlossen, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu intensivieren und dabei insbesondere die Aufmerksamkeit auf Hilfen für die Opfer der SED-Diktatur zu lenken, ihr Schicksal öffentlich zu würdigen und ihre soziale Stellung zu verbessern. Die Arbeit der Landesbeauftragten ist Teil vielfältiger Initiativen, die von der gesellschaftlichen Basis, aber auch von der Politik ausgehen, um dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Bildungs- und Beratungsangebote zu gestalten und eine lernoffene Gesprächskultur zu befördern.

Die Aufarbeitungsbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchten mit diesem Tätigkeitsbericht einen Einblick in ihre vielfältige Arbeit der letzten zwei Jahre vermitteln und freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit mit allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern.

Dezember 2013

Ulrike Poppe und ihr Team

2 Politische Erwachsenenbildung

2.1 Der Auftrag

Das Gesetz zur Einrichtung eines "Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur" beschreibt den Bildungsauftrag: "Der Landesbeauftragte trägt dazu bei, die Öffentlichkeit über die Wirkungsweisen diktatorischer Herrschaftsformen, insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, zu unterrichten. Struktur, Wirkungsweise und Methoden des Staatssicherheitsdienstes sowie Instrumente staatlicher Repression in der DDR auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg sollen in besonderer Weise berücksichtigt werden."

Dem ist die Landesbeauftragte auch im Berichtszeitraum nachgekommen. Dabei liegt der besondere Fokus auf den weiter von Potsdam entfernten Kreisen, da es dort erfahrungsgemäß weniger Veranstaltungsangebote gibt als in der Landeshauptstadt. Bei der Konzeption der Bildungsarbeit ist die Frage nach der Zielgruppe ebenso leitend wie die der Methodik und der Didaktik, mit der Menschen angesprochen werden können, um in einen Dialog über die Vergangenheit zu treten. Neben den bewährten Formen politischer Bildungsarbeit, wie Vorträgen, Podien, Diskussionen und Lesungen möchte die LAkD auch andere Formen der Vermittlung etablieren. Dazu gehören u. a. auch künstlerische Mittel, wie Theater, Filme und Musik.

2.2 Ausgewählte Veranstaltungen und Impulse

2.2.1 "ZEITSCHNITT – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten"

So wurde zum Beispiel im Jahr 2011/12 das Format "ZEITSCHNITT – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten" entwickelt. Als Partner für diese Reihe konnte das Filmmuseum Potsdam gewonnen werden. Am 26. April 2012



Die Flyer der Veranstaltungsreihen "Menschen unter Diktaturen" und "Zeitschnitt"

begann eine Reihe mit Filmen der DEFA, die die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR zwischen 1950 und 1983 widerspiegeln. Wie kaum eine andere Kunstform vermag der Film die Komplexität von Geschichte sinnlich nachvollziehbar zu machen. Historische Details werden in ihren Zusammenhängen sichtbar und lassen den Zeitgeist erspüren. Als diskussionswürdig erweisen sich dabei drei Ebenen: das dargestellte historische Geschehen, die derzeit dramaturgisch beabsichtigten Aussagen und die heutige Interpretation. Die "Zeitschnitt" Filmreihe stellt jeweils zehn abendfüllende Programme zusammen, die von dem Filmhistoriker Dr. Claus Löser eingeleitet werden. Dabei stellt er sowohl die gesamtgesellschaftlichen als auch die zeithistorischen und kulturpolitischen Zusammenhänge dar, in denen der jeweilige Film entstanden ist. Auf diesem so skizzierten Hintergrund deutet Claus Löser dann die in den Filmen verwendeten Chiffren und Muster und ordnet diese in den Entstehungskontext ein.

Um den regionalen Bezug herzustellen, wurde die Filmreihe gleichzeitig auch als "Landpartie" konzipiert, bei der die Filme in verschiedenen Orten im Land Brandenburg gezeigt wurden. Bei der "Landpartie" werden lokale Kinos, Bürgervereine, Kulturhäuser, Bürgerhäuser und andere regionale Träger der politischen Bildung ange-

sprochen, um mit ihnen vor Ort zu kooperieren. Im Jahr 2012 wurden Filme in Potsdam, Prenzlau, Beeskow, Wittenberge und Rathenow gezeigt.

Im Jahr 2013 wurde die Reihe "ZEITSCHNITT – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten" unter dem Titel "Liebe in Zeiten der Diktatur" fortgesetzt und im Filmmuseum Potsdam sowie in Königs Wusterhausen, Templin, Chorin, Spremberg, Beeskow, Erkner und Fürstenwalde gezeigt.

2.2.2 16. Bundeskongress 11. bis 13. Mai 2012 in Erkner – "Disziplinierung durch Arbeit"

Seit 17 Jahren finden von allen Aufarbeitungsbeauftragten der neuen Bundesländer sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstaltete Bundeskongresse statt. 2012 wurde die Federführung dem Land Brandenburg zuteil. Ca. 160 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet, vorwiegend Mitglieder von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, Mitarbeiter von Gedenkstätten und aus verschiedenen Bereichen der zeitgeschichtlichen Forschung kamen vom 11. bis 13. Mai 2012 in Erkner zusammen. Der Schwerpunkt lag auf dem Thema: "Arbeit als Herrschaftsinstrument in der SED-Diktatur". In der DDR sicherte der Arbeitseinsatz von Strafgefangenen die Produktion in wichtigen Bereichen. Aber auch Angehörige von Volkspolizei und Volksarmee, Schüler und Studenten halfen bei der Ernte aus oder mussten bei Engpässen in der Industrie oder im Bergbau arbeiten. Häftlinge und Jugendliche in Werkhöfen und Arbeitserziehungslagern wurden dort eingesetzt, wo die Staatswirtschaft dringend Arbeitskräfte benötigte. Sie mussten oft unter schweren und gesundheitsschädlichen Bedingungen arbeiten. Haftarbeitslager wurden schon Ende der 1940er Jahre in der Nähe von wichtigen Großbetrieben als Außenstellen von Strafvollzugsanstalten angelegt. Sie bestanden unter wechselnder Bezeichnung teilweise bis zum Ende der DDR. Mit Vorträgen, Podien, Film und Theater wurde sich dem Thema auf unterschiedliche Weise angenähert. Den Einführungsvortrag unter dem Thema "Das Primat der Herrschaftssicherung von der 'Disziplinierung durch Arbeit' zur Systemstabilisierung durch Zwangsarbeit" hielt der Historiker Dr. Clemens Heitmann.

Bevor auf zwei Podien über die Disziplinierung durch Arbeit diskutiert wurde, wurde mit einer szenischen Lesung von authentischen und literarischen Zeugnissen das Kongressthema auf künstlerische Art beleuchtet.

Im Kulturhaus Rüdersdorf wurde im Anschluss an die Podien der Film "Aufsässig oder arbeitsscheu? Verurteilt als 'asozial' in der DDR" von Peter Grimm gezeigt und diskutiert. Im Museumspark Rüdersdorf wurde mit einer Gedenkveranstaltung an die dort zu Unrecht Inhaftierten und zur Arbeit im Steinbruch und Zementwerk Gezwungenen erinnert. Mit der Theateraufführung "Wir sind das Volk" in der Evangelischen Kirche in Grünheide wurde der erste Kongresstag beendet. Der Sonntag stand den Opferverbänden für Berichte und Erfahrungsaustausch zur Verfügung, bevor in einem Abschlusspodium über die rechtliche Situation der Opfer der SED-Diktatur diskutiert wurde.



Podiumsdiskussion auf dem 16. Treffen der Landesbeauftragten und der Opferverbände vom 11. – 13. Mai 2012 in Erkner

Für den Bundeskongress erarbeitete die Behörde der Landesbeauftragten eine Broschüre unter dem Titel "Haftarbeit in Rüdersdorf". Darin sind acht Interviews mit in Rüdersdorf Inhaftierten enthalten sowie ein Essay "Auf Sand gebaut – Nicht nur in Rüdersdorf" von Uta Rüchel.

Bemerkenswert war die Zusammenarbeit mit der Kommune Rüdersdorf. Nach anfänglicher Distanziertheit gegenüber unserer Aufarbeitungsbemühung in Hinblick auf die Häftlingsarbeit in Rüdersdorf entwickelte sich im Zuge der Kongressvorbereitung allmählich eine sehr gute Zusammenarbeit. Der Rüdersdorfer Bürgermeister, André Schaller, verfasste das Vorwort für die erwähnte Broschüre und hielt auf der Gedenkveranstaltung im Museumspark ein Grußwort. Inzwischen plant die Leitung des Museumsparks, das Thema Zwangsarbeit zwischen 1939 und 1989 in die Präsentation der Geschichte des Ortes einzubeziehen.

2.2.3 Weitere Veranstaltungen mit den anderen Landesbeauftragten

Neben dem alljährlich stattfindenden Bundeskongress der Landesbeauftragten und Verfolgteninitiativen führten die Landesbeauftragten gemeinsam mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt am 2. Juni 2012 eine Veranstaltung anlässlich des 60. Jahrestags der "Aktion Ungeziefer" im Mai/Juni 1952 in Magdeburg durch. Es wurde daran erinnert, dass im Rahmen der Aktion aus dem an der innerdeutschen Grenze gelegenen Sperrgebiet über 8.200 Menschen in das Innere der DDR zwangsumgesiedelt wurden. Im Jahr 2013 beteiligten sich die Mitarbeiter der Aufarbeitungsbeauftragten an dem gemeinsamen Stand der Landesbeauftragten auf dem Fest der Deutschen Einheit vom 2. bis 3. Oktober 2013 in Stuttgart. Die jährlich stattfindenden Feste sind ein guter Anlass, auch in den alten Bundesländern das Thema der SED-Diktatur anzusprechen. Insbesondere ein Quiz zur DDR-Geschichte findet zahlreiche Interessenten, darunter viele ehemalige DDR-Bürger, die inzwischen in den alten Bundesländern leben.

2.2.4 Militärgefängnis und Disziplinareinheit in Schwedt/Oder

Ein weiterer Impuls, den die Landesbeauftragte setzen konnte, war die Initiierung einer Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte des Militärgefängnisses und der Disziplinareinheit in Schwedt/Oder. Diese Projektgruppe gründete sich nach dem ebenfalls von der Landesbeauftragten gemeinsam mit dem Theater Schwedt am 31. Mai 2011 organisierten Symposium" My-

thos und historische Forschung, Lesung, Videoprojektion" anlässlich des Jahrestages der offiziellen Schließung des Militärgefängnisses am 31. Mai 1990.



Lesung mit den Mitherausgebern des Bandes "Der DDR-Militärstrafvollzug und die Disziplinareinheit in Schwedt (1968-1990)", Paul Brauhnert und Ilja Hübner

Für die Angehörigen der Nationalen Volksarmee der DDR war der Name Schwedt mit Angst und Schrecken verbunden. Die Projektgruppe, in der neben der Landesbeauftragten u. a. das Museum Schwedt, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und Zeitzeugen vertreten sind, publizierte im Herbst 2012 das Buch "Spür die Angst" mit Zeitzeugenberichten aus der Disziplinareinheit in Schwedt. Da dieses Buch innerhalb kurzer Zeit vergriffen war, erschien im Herbst 2013 eine nächste Publikation zu diesem Thema, in welcher weitere Wissenschaftler und Zeitzeugen zu Wort kommen und in der das vergriffene Buch integriert wurde. Die in der Regel gut besuchten Lesungen zum Thema Militärgefängnis Schwedt wurden während des Berichtszeitraums in den Orten Schwedt, Perleberg, Lübbenau, Eggersdorf, Eberswalde, Potsdam und Prenzlau durchgeführt. Weitere Lesungen für 2014 sind bereits geplant.

2.2.5 Heimerziehung in der DDR

Ausgelöst durch die Diskussionen um den Runden Tisch Heimerziehung erlangte die Situation der Heimkinder in der DDR im Berichtszeitraum 2012/2013 eine starke öffentliche Aufmerksamkeit. Die LAkD hat sich von Anfang an um



Der ehemalige politische Häftling und Schriftsteller Siegmar Faust führt Wolf Biermann und Roland Jahn durch die Gedenkstätte Menschenrechtszentrum Cottbus.

die Aufarbeitung dieses Themas bemüht. 2012 wurde die von der LAkD an Christian Sachse in Auftrag gegebene Studie über die Spezialheime der Jugendhilfe auf dem Gebiet des Landes



Wolf Biermann bei seinem Konzert im Menschenrechtszentrum Cottbus

Brandenburg auf der Homepage veröffentlicht. Außerdem wurde durch die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen der Länder Berlin, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie die



Der Landrat des Landkreises Spree-Neiße, Harald Altekrüger, und der Leiter der Umweltbibliothek Großhennersdorf, Andreas Schönfelder, bei der Veranstaltung "Braunkohleabbau in der DDR – Umweltschutz – Widerstand" am 9. September 2013 in Forst (Lausitz)

LAkD die DominoFilm GbR mit der Produktion einer Filmdokumentation mit Zeitzeugen aus Spezialheimen der Jugendhilfe betraut, die 2013 fertig gestellt und seit dem in die Bildungsarbeit einbezogen wird. Bisher wurde die Dokumenta-



Marianne Birthler, Dorothea Schiefer, Prof. Dr. Rainer Schröder (v. l.) auf dem Podium der Veranstaltung "Überprüfung von DDR-Richtern und Staatsanwälten im Land Brandenburg" am 23. Februar 2012 in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße

tion auf vier Veranstaltungen in Potsdam vorgestellt, jeweils verbunden mit einem Fachvortrag bzw. in Anwesenheit eines der Filmprotagonisten. Darüber hinaus bot die LAkD Fachvorträge für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Fachkräfte der Jugendhilfe und sozialen Arbeit zu den Themenbereichen Heimerziehung der DDR, Folgen der Heimerziehung für die Betroffenen und über den Fonds Heimerziehung an. Sie beteiligte sich damit an Veranstaltungen, wie im August 2012 im DDR-Geschichtsmuseum Perleberg, im November 2012 beim Paritätischen Wohlfahrtsverband in Potsdam und im September 2013 beim Kinder- und Jugendhilfeverbund in Erkner.



Gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Berlin veranstaltete die Aufarbeitungsbeauftragte drei Veranstaltungen zum Umgang in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg mit der Teilung Deutschlands. Auf dem Podium von links: Dr. Christian Halbrock, Dr. Claus-Dieter Schulze, Martin-Michael Passauer, Dr. Jaqueline Boysen, Dr. Hans Misselwitz und Prof. Dr. Claudia Lepp

Veranstaltungen zur Geschichte der Landwirtschaft in der DDR 1945 – 1990 und zum Transformationsprozess 1990 – 1995 im Land Brandenburg

49,3 % der Flächen werden in Brandenburg landwirtschaftlich genutzt. Auch wenn die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten nur noch 31.400 beträgt (Stand 2011), so ist allein dieser Rückgang einer der Gründe für das öffentliche Interesse an agrarpolitischen und agrarhistorischen Themen. Deshalb hat der Umstrukturierungsprozess der Landwirtschaft seit 1990 viele Fragen aufgeworfen, die auch in die Geschichte der Landwirtschaft in SBZ und DDR führen. Dies war der Anlass, im Berichtszeitraum drei Veranstaltungen zu agrarhistorischen und -politischen Themen an drei verschiedenen Orten anzubieten. Die Veranstaltung im April 2012 zum Transformationsprozess der landwirtschaftlichen Nutzflächen und Betriebe in Jüterbog zog mehr als 100 Interessierte an. Weniger stark besucht waren die Veranstaltungen in Pritzwalk und Vierlinden, Ortsteil Friedersdorf, die im September 2012 und im April 2013 stattfanden, und in deren Verlauf auf der Basis wissenschaftlicher Vorträge der Prozess der Bodenreform in der SBZ und der LPG-Gründung 1952/53 diskutiert wurde.

In allen Veranstaltungen kamen Betroffene und Historiker zu Wort, die aus unterschiedlichen Perspektiven die Themen betrachteten, so dass für eine lebendige Diskussion gesorgt war. Insbesondere Fragen der aktuellen Landwirtschaftspolitik infolge der SED-Diktatur im Land fanden ein breites Interesse.

2.2.7 Veranstaltungen in Kooperation mit der Gruppe zeitgeschichtlicher Institutionen in Potsdam (ZIP)

Die Behörde der Aufarbeitungsbeauftragten hat sich in den letzten zwei Jahren erneut an einer Veranstaltungsreihe mit anderen Institutionen der Forschung und Bildung beteiligt. Die Teilnahme an den Treffen von "Zeitgeschichte in Potsdam – ZIP", zu denen Vertreter mehrerer Potsdamer Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Museen und Gedenkstätten zusam-

menkommen, ermöglicht der LAkD die Koordinierung und Kooperation mit anderen Anbietern zeitgeschichtlicher Veranstaltungen. Neben den oben bereits beschriebenen Reihen "Menschen unter Diktaturen" sowie "Zeitschnitt" wurde in Erinnerung an den "Tag von Potsdam" im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Wendepunkt 1933?" von der LAkD eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit dem Historiker Dr. Bernd Florath angeboten. Im Zentrum seines Vortrags stand die Bewertung der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 durch die Geschichtswissenschaft der DDR. Die Veranstaltung fand in den Räumen der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung statt. Die etwa 40 Teilnehmer diskutierten angeregt die vorgetragenen Thesen.

2.3 Was hat sich bewährt?

Seit Bestehen der Behörde war ein wichtiges Anliegen der Landesbeauftragten, die Entwicklung eines Netzwerkes von Kooperationspartnern zu etablieren. Diese Kooperationen konnten im Berichtszeitraum weiter ausgebaut und intensiviert werden. Zu unseren Partnern gehören u. a. das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, die Gedenkstätte Lindenstraße, der Förderverein Gedenkstätte Lindenstraße, das Filmmuseum Potsdam, die Landeszentrale für politische Bildung, die Arbeitsgemeinschaft Zeitgeschichte in Potsdam (ZIP), das DDR-Museum Perleberg, das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, die Friedrich Naumann Stiftung, die Evangelische Akademie zu Berlin, Kirchengemeinden und Vereine, örtliche Kinos und Bürgerinitiativen.

Unserer Erfahrung nach werden Veranstaltungen, die mit Partnern vor Ort organisiert werden, in der Regel besonders gut besucht.

2.4 Ausblick - Vision

Es zeigt sich, dass auch mehr als 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution das Interesse der Öffentlichkeit an den mit der DDR-Vergangenheit verbundenen Themen immer noch groß ist. Wir halten es für unverzichtbar, dass Informationen

über Struktur und Wirkweise einer Diktatur in kommunikativen Prozessen vermittelt werden. Wir wollen Menschen ermutigen, ihre eigenen Geschichten zu erzählen, Geschichten vom Widerstehen und Mut, aber auch die von Anpassung, Kompromissen und Schuld. Der Bundespräsident Joachim Gauck hat die Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte als "Elitendiskurs" kritisiert. Eine Volksbewegung inspiriere sie aber nicht, bedauerte Gauck im Dezember 2012. So würden bei der Verarbeitung der kommunistischen Diktatur zwar erfolgreich intellektuelle Thesen und Themen abgearbeitet. Eine echte Auseinandersetzung der gesamten ostdeutschen Gesellschaft mit sich selbst gebe es aber nicht. Damit meine er einen Prozess, der den Charakter einer «Durchhellung» habe, wie es der Philosoph Karl Jaspers nach dem Krieg genannt und gefordert hatte. Dieser wollte damals «eine existenzielle Aufarbeitung bei all denen, die das System getragen hatten.»

Diesen Ansatz aufnehmend, ist es das Ziel der Landesbeauftragten, eine Form der Aufarbeitung zu etablieren, die nicht nur intellektuelle Diskurse bedient, sondern Menschen miteinander in Gespräch bringt. Solche Gespräche können sowohl für die, die im System Verantwortung getragen haben, als auch für die, die unter diesem gelitten haben, heilsame Aspekte beinhalten.

2.5 Wanderausstellungen

Im Berichtszeitraum entstand die Wanderausstellung "In der Stadt und auf dem Land! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 im Land Brandenburg". Die Ausstellung wurde anlässlich des 60. Jahrestags des Aufstands – gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – erarbeitet. Im Zentrum stehen sechs Städte bzw. Regionen des heutigen Landes Brandenburg. Mit Dokumenten, Fotografien und Zeitzeugeninterviews, die als Video-Clips an IPads abgerufen werden können, wird der jeweils unterschiedliche Verlauf präsentiert. Die Eröffnung fand im Kulturzentrum Rathenow statt, anschließend wurde sie im "Kurmärker" in Großräschen und in der Uckerseehalle in Prenzlau gezeigt.



Eröffnung der Wanderausstellung "In der Stadt und auf dem Land! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg" im Kulturhaus Rathenow

Die Wanderausstellung "Von Sprachlosigkeit befreien" zeigt auf 30 Tafeln Arbeiten von ehemals politisch Verfolgten, die in einer therapeutischen Malgruppe nach Wegen suchen, um sich aus der Sprachlosigkeit ihrer traumatischen Erfahrungen während der Haftzeit oder von Zersetzungsmaßnahmen zu befreien. Um die Ausstellung auch



An Medienstationen können die Besucher Interviewausschnitte mit Zeitzeugen abrufen.

ohne Führung für Besucher verständlich zu machen, wurde eine Begleitbroschüre erarbeitet, in der die Ausstellenden mit ihren Bildbeiträgen und kurzer Vita vorgestellt werden. Seit Sommer 2012 wurde die Ausstellung bisher an folgenden Orten gezeigt: Außenstelle des BStU in Dresden, Landratsamt Perleberg, Zionskirche in Berlin und im Menschrechtszentrum/Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus. An jedem der Orte fand eine Eröffnungsveranstaltung statt, die die beiden Kooperationspartner mit der Institution vor Ort gestalteten. In der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus fand darüber hinaus eine Führung durch die Ausstellung und anschließend durch das ehemalige Zuchthaus für eine Gruppe Cottbuser Richter statt, organisiert von der Bezirksgruppe Cottbus des Brandenburger Richterbunds.



Der Flyer zur Ausstellung "Von Sprachlosigkeit befreien"

Die ebenfalls 2011 erstellte Ausstellung "28 Jahre getrennt – Das Grenzregime und seine Folgen für die Brandenburger" war im Kulturhaus Wittenberge sowie in der Stadtkirche in Forst (Lausitz) zu sehen.

Alle drei Ausstellungen werden auch in den folgenden Jahren ausgeliehen werden.

2.6 Publikationen

2012 beschloss die LAkD, für die Herausgabe einer eigenen Schriftenreihe mit dem Berliner Metropolverlag zusammen zu arbeiten. Schwerpunkt dieser Reihe sollen Verfolgung, Widerstand und widerständiges Verhalten im Alltag in der Zeit von 1945 bis 1990 auf dem Territorium des heutigen Landes Brandenburg sein. Im Berichtzeitraum sind drei Bücher in der Reihe veröffentlicht worden, drei weitere sind für das kommende Jahr geplant.

"Alltag im ostdeutschen Premnitz. Mit den Kalenderblättern von Hubert Biebl", herausgegeben und eingeleitet von Jeannette Madarasz-Lebenhagen, erschien im November 2012. Im Zentrum des Bandes stehen die tagebuchartigen Aufzeichnungen (Kalenderblätter) eines ehemaligen Chemie-Ingenieurs im "VEB Chemiefaserwerk Friedrich Engels" in Premnitz in den Jahren 1982 – 1984. Diese werden durch Büttenreden und Spitzelberichten aus den Jahren 1980 – 1990 sowie Erinnerungen anderer Zeitgenossen ergänzt. Die Dokumente spiegeln den unaufhaltsamen wirtschaftlichen Niedergang des Betriebes der letzten Dekade der DDR mit seinen mitunter absurden Auswüchsen. Insbesondere die teils mit feiner Ironie, teils mit drastischem Humor, immer aber konkret und anschaulich formulierten Aufzeichnungen Hubert Biebls geben einen guten Einblick in den Alltag in der ostdeutschen Industrieprovinz.

Auch der zweite Band der Reihe besteht vorwiegend aus Erinnerungen. In dem von Krzysztof Woijciechowski herausgegebenen Buch "Andersdenkende. Oppositionelle aus dem Raum Frankfurt (Oder) – Gorzow Wielkopolski berichten" schildern polnische und deutsche Akteure, wie sie sich mit den kommunistischen Machtverhältnissen auseinandersetzten. Die Interviews entstanden in einem Projekt des Vereins "My Life – erzählte Zeitgeschichte e. V.". Die Texte wurden thematisch strukturiert und geben einen Eindruck von den unterschiedlichen Rahmenbe-



Die 2012 und 2013 erschienenen Bände in der Reihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur im Berliner Verlag Metropol

dingungen politisch oppositionellen Handelns in beiden kommunistischen Diktaturen. Sie zeugen auch von Mut, besonders dem Mut der polnischen Nachbarn. Beide Bände wurden vor Ort in Lesungen vorgestellt und in den regionalen Medien besprochen.

Am 9. Dezember 2013 konnte in den Räumlichkeiten des brandenburgischen Verfassungsgerichts der dritte Band der Reihe in der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der erste Teil des Buches mit dem Titel "Spür die Angst" wurde 2012 von der Stadt Schwedt herausgegeben und enthielt vor allem Erinnerungsberichte ehemaliger Angehöriger der Disziplinareinheit in Schwedt. Der inzwischen vergriffene Band wurde nun ergänzt mit Berichten und Interviews ehemals im Militärstrafvollzug der NVA in Schwedt Inhaftierter. Die Herausgeber Paul Brauhnert, Ilja Hübner selbst ehemalige Insassen der Disziplinareinheit bzw. des Militärgefängnisses - und Arno Polzin haben zur Ergänzung noch Beiträge von Wissenschaftlern für den Band gewonnen, so dass die Rahmenbedingungen des militärischen Disziplinar- und Strafrechts in der DDR deutlich

werden. Zugleich gibt der Band auch Anregungen zu einem gedenkwürdigen Umgang mit den noch vorhandenen Überresten des Ortes.

Anlässlich des Bundeskongresses der Landesbeauftragten (s. o.) erschien im Mai 2012 der Band "Antreten zur Arbeit! Haftarbeit in Rüdersdorf". Er wurde gemeinsam von allen Landesbeauf-



Krzysztof Wojciechowski, Rüdiger Sielaff und Ulrike Poppe bei der Vorstellung des von Krzysztof Wojciechowski herausgegebenen Buches "Andersdenkende. Oppositionelle aus dem Raum Frankfurt (Oder) – Gorzow Wielkopolski berichten." am 21. Februar 2013 in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße

tragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur herausgegeben (s. o.).

2012 wurde die Studie von Christian Sachse, "Spezialheime der Jugendhilfe der DDR auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg - Orte und Einrichtungen." fertig und auf die Homepage der Aufarbeitungsbeauftragten gestellt. Sie gibt einen Überblick über Anzahl, Standort und Existenzdauer dieser Einrichtungen, die von ca. 75.000 Kindern und Jugendlichen durchlaufen wurden.

Unter dem Titel "Einführung. Heimerziehung der DDR" und der Autorenschaft von Anke Dreier und Karsten Laudien gaben die LAkD und die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes im Jahr 2013 ein Buch heraus, das als Übersichtswerk die Merkmale der Heimerziehung in der DDR darstellt.

2.7 Filme

Gemeinsam mit den anderen Landesbeauftragten wurde das Filmbüro DominoFilm GbR, Berlin beauftragt, in einer Dokumentation, die auf einer DVD vervielfältigt wurde, die Erfahrungen ehemaliger DDR-Heimkinder zu präsentieren (s. o.). Der Film trägt den Titel "Schutzlos ausgeliefert". Ein weiteres Filmprojekt der LAkD, diesmal in Kooperation mit der Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam und dem Landesjugendring Brandenburg e. V., beschäftigte sich mit der Geschichte des Jugendwerkhofes Siethen. Das Besondere an diesem Projekt war die Umsetzung durch Jugendliche des Schulprojektes des Kinder-und Jugendheimes "Heinrich Zille" in Siethen. Dieses Heim befindet sich im Gebäude des ehemaligen Jugendwerkhofes. In Begleitung eines Medienpädagogen setzten sich die Mädchen und Jungen ein Jahr lang mit der Geschichte des Heimes auseinander, interviewten Zeitzeugen und lernten den Umgang mit der Kamera. Ergebnis ist der Film "Das war schon krass damals", der die Sicht der Jugendlichen auf die Geschichte von Heimerziehung und auf ihre eigene Lebenssituation zeigt.

3 Angebote der Aufarbeitungsbeauftragten für die junge Generation

Für die politisch-historische Bildungsarbeit mit jungen Menschen ist der gesetzliche Bildungsauftrag eine besondere Herausforderung und ein spannender Auftrag zugleich.

Eine Herausforderung, weil Jugendliche eine eigene Urteilsfähigkeit entwickeln und geschichtliche Prozesse selbst verstehen und interpretieren lernen und gerade nicht kritiklos vorgegebene Geschichtsbilder übernehmen sollen. Das erfordert, sie an verschiedenste Quellen und unterschiedliche Perspektiven heranzuführen und ihnen das Handwerkszeug für deren Analyse zu vermitteln. Und es heißt, verschiedene Deutungen zulassen zu können.

Ein spannender Auftrag, weil geschichtliche Ereignisse im Land Brandenburg im Mittelpunkt stehen. Hier gibt es noch viel zu erforschen und somit auch für die jungen Menschen zu entdecken. Dies betrifft Stätten der Repression ebenso wie solche des alltäglichen Lebens. Sei es das einzige Militärgefängnis der DDR, das sich in Schwedt befand und derzeit in den Fokus der Aufarbeitung rückt oder die Arbeitslager rund um das Zementwerk Rüdersdorf. Seien es die Jugendwerkhöfe, die in verschiedenen Orten im Land bestanden oder das ehemalige Zuchthaus Cottbus, das jüngst zur Gedenkstätte erhoben wurde. Seien es die Streiks rund um den 17. Juni 1953 in verschiedenen Regionen des Landes oder die Folgen des Mauerbaus rund um Berlin.

Die LAkD möchte junge Menschen dazu motivieren, sich mit der jüngsten deutschen Geschichte vor ihrer Haustür auseinanderzusetzen. Schriftliche und persönliche Quellen sowie bauliche Überreste in Städten und Landschaften gibt es viele und noch mehr sind zu entdecken. Deshalb bemühte sich die LAkD im Berichtszeitraum 2012/2013 insbesondere darum, regionalgeschichtliche Themen zugänglich zu machen.

Dafür werden zweierlei Wege beschritten. Zum einen die politisch-historische Bildungsarbeit mit den Jugendlichen selbst, vor allem in Form von Workshops und Veranstaltungen. Zum anderen die Unterstützung von Pädagoginnen und Pädagogen in Form von Fortbildungen und Fachveranstaltungen.

Ein wichtiger Meilenstein dabei ist der Aufbau eines Netzes von regionalen Kooperationspartnern und die Schaffung regional ausgerichteter Bildungsangebote. Gemeinsam mit diesen Partnern wurden in den Regionen des Landes Brandenburgs die verschiedensten Bildungsangebote sowohl für junge Menschen als auch für pädagogische Multiplikatoren gemacht.

Solche regionalen Kooperationspartner sind insbesondere Museen und Gedenkstätten, die Fachberaterinnen und Fachberater der staatlichen Schulämter, die Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrer sowie Aufarbeitungsinstitutionen. Besonders intensiv war die Zusammenarbeit mit der Projektwerkstatt der Gedenkstätte Lindenstra-



Leporello mit den Angeboten zur historisch-politischen Jugendbildung

ße 54 in Potsdam, dem DDR-Geschichtsmuseum in Perleberg und dem Menschenrechtszentrum Cottbus als Träger der Gedenkstätte ehemaliges Zuchthaus. Darüber hinaus entwickelte sich eine sehr gute Kooperation mit den Fachberatern der Staatlichen Schulämter Cottbus und Eberswalde.

Um die Jugendbildungsangebote der LAkD breiter bekannt zu machen, ist im Jahr 2013 dazu ein Leporelloplakat veröffentlicht worden, das für die Schulen und andere interessierte Bildungsinstitutionen zur Verfügung steht.

3.1 Politisch-historische Bildungsarbeit mit Jugendlichen in und außerhalb der Schule

Schülerprojekttage:

In den Jahren 2012 und 2013 wurden Schülerprojekttage in den Regionen Prignitz und Cottbus durchgeführt. Darunter waren zwei mehrtägige Foto-Geschichtsworkshops, die gemeinsam mit Oberstufenzentren und einer Fotografin umgesetzt wurden. Die Jugendlichen nutzten die Kamera als Medium der Annäherung an die Geschichte. Eingebettet in Ausstellungsbesuche und Zeitzeugengespräche versuchten sie ihren Blick auf Repression oder Alltag in der DDR künstlerisch umzusetzen. Ergebnis waren gestaltete Postkarten, die in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden. So hat sich die Auseinandersetzung mit der Geschichte neben dem persönlichen Erkenntnisgewinn auch vergegenständlicht, und die Jugendlichen haben



Von Schülern hergestellte Ansichtskarten



Workshop im DDR-Geschichtsmuseum Perleberg im September 2012

ein über das Projekt hinauswirkendes Produkt geschaffen.

Schulveranstaltungen:

Daneben fanden verschiedene Veranstaltungen für Jugendliche in Cottbus und Potsdam statt. So gab es u. a. im September 2012 in einer Potsdamer Gesamtschule eine Diskussionsveranstaltung zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Heimen der DDR und im September 2013 in einer Cottbuser Gesamtschule ein gemeinsames Zeitzeugengespräch der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Martina Münch, und der Aufarbeitungsbeauftragten Ulrike Poppe über ihre Jugend im geteilten Deutschland.

Die LAkD kooperiert für die Durchführung von Schülerveranstaltungen auch mit Künstlern und Autoren. So fand im Cottbuser Oberstufenzentrum im Januar 2012 eine Film- und Diskussionsveranstaltung mit Stefan Kolditz, dem Drehbuchautor des Filmes "An die Grenze" statt, der sich mit der belastenden Situation junger Grenzsoldaten in der DDR auseinandersetzt. In Strausberg war im Oktober der Autor Roman Grafe, um aus seinen Büchern "Die kurze Lebensgeschichte des Michael Gartenschläger" und "Anpassen und Widerstehen in der DDR" zu lesen und mit den Jugendlichen zu diskutieren.

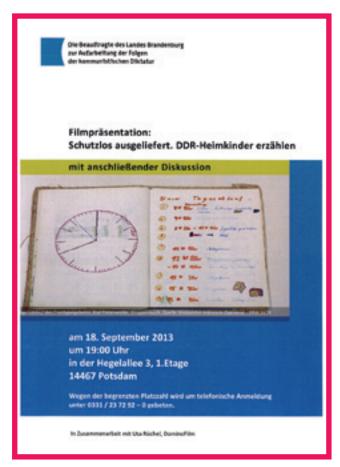
Jugendmedienprojekt "In- & außerhalb des Lichtkegels!?":

Gemeinsam mit dem Landesjugendring Brandenburg e. V. und der Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam wurde das Jugendmedienprojekt "In- & außerhalb des Lichtkegels!?" initiiert. Jugendliche

des Schulprojektes im Jugendheim Siethen erkunden die Geschichte dieses Heimes, das 1986 als Jugendwerkhof eingerichtet wurde. Sie befragten ehemalige Heimkinder und Erzieher nach ihren Erinnerungen an diese Zeit. So entstand ein Film, in dem sowohl die Zeitzeugenaussagen dokumentiert sind, aber auch die Sicht heutiger Jugendlicher beschrieben wird, wie sie die Vergangenheit des Heimes wahrnehmen. Im Rahmen dieses Projektes fand auch ein Workshop mit den jugendlichen Projektteilnehmern bei der LAkD zum Thema "Leben in den Jugendwerkhöfen der DDR" statt.

Jugendgeschichtsprogramm Zeitensprünge:

Neben eigenen Veranstaltungen beteiligt sich die LAkD auch an Veranstaltungen anderer Träger, so am Jugendgeschichtstag, der regelmäßig im November stattfindet. Er stellt das Abschlusstreffen des Jugendgeschichtsprogrammes Zeitensprünge dar, in dessen Jury die LAkD vertreten ist. Bei dem Jugendgeschichtstag präsentieren die Jugendlichen die Ergebnisse ihrer halbjährigen Recherchen zu einem lokalen zeitgeschichtlichen Thema. Der Alltag in der DDR spielt dabei eine große Rolle.



Plakat zur Präsentation des Films "Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen"

Zeitzeugenfilm "Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen":

Die Beauftragten für die Stasiunterlagen der Länder Berlin, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und die LAkD gaben im Jahr 2013 den Film "Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen" heraus, der von Uta Rüchel und Ralph Disselberger produziert wurde. Zeitzeugen beschreiben ihre Erfahrungen mit Alltag, Arbeit und Strafen in Spezialkinderheimen der DDR. Dieser Film wurde und wird in Bildungsveranstaltungen für Jugendliche und Erwachsene eingesetzt und ist geeignet, aus Sicht der Betroffenen ein belastendes Kapitel der DDR-Pädagogik zu erhellen.

3.2 Angebote für Pädagoginnen und Pädagogen

Die Arbeit mit pädagogischen Multiplikatoren, insbesondere Lehrerinnen und Lehrern, hat für die LAkD einen hohen Stellenwert, da sie die Hauptakteure in der politisch-historischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen sind. Je vielfältiger ihre didaktischen Ansätze und ihr thematisches Repertoire, umso besser und differenzierter können sie Zeitgeschichte vermitteln und die Jugendlichen dafür interessieren. Die brandenburgischen Rahmenlehrpläne für die Fächer Geschichte und politische Bildung bieten einen guten konzeptionellen Rahmen für modernen Unterricht und es gilt, sie in der Praxis möglichst umfassend umzusetzen. Die LAkD versucht, dafür Anregungen zu geben, wobei didaktische und regionalgeschichtliche Themen bisher im Mittelpunkt standen. Lehrerfortbildungen der LAkD werden grundsätzlich in Zusammenarbeit mit schulischen Partnern, insbesondere den Fachberatern der staatlichen Schulämter angeboten, weil ihr unterrichtsorganisatorisches und -methodisches Knowhow dafür unabdingbar ist. Diese Zusammenarbeit ist mit einigen Regionen bereits jetzt schon ausgezeichnet, mit anderen soll sie ausgebaut werden.

Beispiele für Lehrerfortbildungen:

Im Berichtszeitraum 2012/2013 führte die LAkD in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern zehn Lehrerfortbildungen durch.



Lehrerfortbildung

Bei der Geschichtsmesse 2012 der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bot die LAkD gemeinsam mit dem brandenburgischen Landesjugendring einen Multiplikatorenworkshop zum Thema "...weil Geschichte nicht irgendwo passiert." an. Er vermittelte Ansätze und Ratschläge für die außerschulische Geschichtsarbeit mit Jugendlichen.



Radtour entlang der ehemaligen Grenze zu West-Berlin mit Potsdamer Lehrerinnen und Lehrern 2013



Lehrerfortbildungsangebote

Im März 2013 informierte die LAkD gemeinsam mit dem Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen und der Bundesstiftung Aufarbeitung bei einer Fortbildung über Bildungsangebote anlässlich des 50. Jahrestags des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.

Weitere Fortbildungen waren u. a. im Mai 2013 eine Radtour für Lehrkräfte zu historischen Orten auf dem Mauerradweg in Potsdam, um diesen Radweg als einen interessanten Lernort für Schülerausflüge bekannt zu machen sowie eine schulinterne Veranstaltung in einem Potsdamer Oberstufenzentrum zum Thema "Jugendwerkhöfe in der DDR".

3.3 Der neue Seminarkurs in der gymnasialen Oberstufe als Chance für die zeitgeschichtliche Bildung

Mit dem Schuljahr 2014/2015 wird im Land Brandenburg der Seminarkurs als verpflichtendes Angebot in der gymnasialen Oberstufe eingeführt. Bereits jetzt können Schulen diese neue Unterrichtsform auf freiwilliger Basis erproben. Der viersemestrige Seminarkurs bietet interessante Möglichkeiten für die vertiefte zeitgeschichtliche Arbeit der Schülerinnen und Schüler. Jede bzw. jeder von ihnen sucht sich unter einem gegebenen Rahmenthema ein Einzelthema, das er wissenschaftspropädeutisch oder als studienorientierendes Projekt bearbeitet und präsentiert. Der Seminarkurs bietet die Chance einer intensiven Auseinandersetzung mit einem speziellen Thema, womit für das historische Arbeiten eine ausgezeichnete Voraussetzung gegeben ist. Im Seminarkurs gewünscht ist die Zusammenarbeit

mit außerschulischen Partnern. Als ein solcher Partner steht die LAkD zur Verfügung.

Um die zeithistorischen Potentiale des neuen Unterrichtsangebotes bekannt zu machen, hat die LAkD den Schwerpunkt ihrer Lehrerfortbildungen im Berichtszeitraum genau darauf gelegt. Die Möglichkeiten einer Kooperation mit der LAkD und die Vorstellung regionalgeschichtlicher Themen waren in sechs Veranstaltungen der Schwerpunkt. Alle Fortbildungen wurden

in Zusammenarbeit mit den Fachberatern für Geschichte der jeweiligen staatlichen Schulämter (Perleberg, Eberswalde, Cottbus) bzw. mit einer Gedenkstättenlehrerin (Potsdam) durchgeführt.

Inzwischen gibt es auch erste Kooperationsbeziehungen zu Schulen, die den Seminarkurs anbieten. In der LAkD wurden mehrere Veranstaltungen für Seminarkurse zu Themen wie "Jugendlicher Protest in der DDR" oder "Jugendwerkhöfe zwischen Erziehung und Zwang" durchgeführt.

4 Beratung

4.1 Schwerpunkte der Bürgerberatung 2012/2013

Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der von Verfolgungsmaßnahmen in der SED-Diktatur Betroffenen inzwischen die notwendigen Informationen über die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, den daraus resultierenden Leistungen und die Einsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes erhalten hat. Ungeachtet dessen besteht ein unverminderter Beratungsbedarf. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 1.162 längerfristige Beratungsvorgänge entweder weiter bearbeitet oder neue wurden begonnen. Während der Sprechzeiten der drei Beraterinnen und Berater wurden 2.444 telefonische Beratungsgespräche geführt. Manchmal ging es nur um Kurzauskünfte, oft aber um weiterführende Gespräche mit betreuten Betroffenen. Schwerpunktmäßig wurden die mobilen Beratungsangebote ausgebaut (s. u.). Insgesamt konnten im Berichtszeitraum 1.130 persönliche Gespräche mit Ratsuchenden geführt werden. Die persönlichen Beratungsgespräche sind für viele ehemals Verfolgte besonders wichtig, da sie oft keine anderen Ansprechpartner für ihre Leidensgeschichte finden.

Beratungsschwerpunkte:

- Im Berichtszeitraum nahmen Anfragen zur beruflichen Rehabilitierung (BerReha) zu.
 Die Rentenversicherungsträger fordern die Antragsteller zunehmend auf, zu prüfen oder prüfen zu lassen, ob vorliegende Einzahlungslücken mit politischen Verfolgungszeiten begründbar sind.
- Im Berichtszeitraum wurde von ehemaligen Heimkindern aus der DDR oftmals die Anfrage nach den Möglichkeiten der strafrechtlichen Rehabilitierung gestellt.
- Neben den umfangreichen Beratungsangeboten der Außenstelle Frankfurt (Oder) des BStU wenden sich auch weiterhin zahlreiche

Bürgerinnen und Bürger an die brandenburgische Aufarbeitungsbeauftragte und bitten um Hilfestellung bei der Antragstellung auf Akteneinsicht beim BStU oder der anschließenden Interpretation des Akteninhalts.

- Die Zahl der Anfragen im Zusammenhang mit komplizierten und/oder langwierigen Rehabilitierungsverfahren oder Verfahren zur Anerkennung von gesundheitlichen Verfolgungsschäden nahm im Berichtszeitraum zu. Hier stieg die Anzahl von Bitten um Stellungnahmen für Sozialgerichte.
- Weiterhin wenden sich viele ehemals Verfolgte an uns mit der Bitte um Unterstützung bei der Überprüfung ihrer bereits vor Jahren rechtskräftig abgelehnten Rehabilitierungsbescheide. Die Betroffenen beklagen die nach ihrer Auffassung zu Unrecht abgelehnte Rehabilitierung und dass sie im Verfahren nicht ausreichend angehört und beachtet worden seien.
- Gleichbleibend hoch ist die Anzahl derjenigen, die Hilfestellungen während der Rehabilitierungs- oder Leistungsbewilligungsverfahren benötigen.
- Die Bereitstellung psychosozialer Hilfen in Wohnortnähe ist weiterhin unzureichend, da in den lokalen Beratungsstellen selten Mitarbeiter tätig sind, die über psychotraumatologische Kenntnisse verfügen.
- Ehemals politisch Verfolgte bitten auch um Unterstützung bei der Bewältigung von Lebenskrisen und innerfamiliären Konflikten, die mit ihrem Leben unter Diktaturverhältnissen zu tun haben. Dafür werden gegebenenfalls generationenübergreifende Beratungen angeboten, also Eltern, Kinder oder auch Großeltern ins Gespräch einbezogen. Inzwischen melden sich auch zunehmend Kinder und Enkel ehemals politisch Verfolgter, die die Hintergründe der Verfolgungen ihrer Vorfahren erkunden möchten.

 Viele ältere Menschen, die in SBZ und DDR aus politischen Gründen verfolgt wurden, melden sich und möchten ihre Lebensgeschichte und vor allem ihre Verfolgungserfahrungen den nachwachsenden Generationen vermitteln. Solche Beiträge werden zukünftig in das Projekt Webportal "Widerstands- und Unrechtserfahrungen aus der Zeit der kommunistischen Diktatur von 1945 bis 1989 auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg" einfließen können.

4.2 Strafrechtliche Rehabilitierung

Die Anzahl der Beratungsanfragen zur strafrechtlichen Rehabilitierung ist im Berichtszeitraum gegenüber den ersten beiden Jahren zurückgegangen.

Allerdings wandten sich bisher 190 ehemalige Heimkinder der DDR an die Aufarbeitungsbeauftragte und baten um Unterstützung bei der Beantragung der strafrechtlichen Rehabilitierung. Wenn es Hinweise auf eine Rehabilitierungsmöglichkeit nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gibt, verweisen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder der DDR auf die Bürgerberatung im Hause. Die Prüfung ist in den meisten Fällen sehr aufwendig. Es muss nach Unterlagen im privaten Besitz oder in öffentlichen Archiven geforscht und z. T. müssen Zeugen befragt werden. In den meisten Fällen sind keine politischen Einweisungsgründe in den Akten enthalten. Einige ehemalige Heimkinder waren bereits mit der Beantragung der Rehabilitierung gescheitert und baten nun um Unterstützung. Die Begründung der Ablehnung ist für sie oftmals nicht nachvollziehbar. Insbesondere ehemalige Heimkinder, die ihre Einweisung in eines der Spezial- und Sonderheime als Menschrechtsverletzung empfinden und deshalb eine Anerkennung dieser rechtsstaatswidrigen Handlungen durch den Rechtsstaat verlangen, können die Urteile nicht nachvollziehen. Meistens handelt es sich um Menschen, die als Kinder oder Jugendliche aus bis heute für sie unerklärlichen Gründen durch die DDR-Jugendhilfe oder die Polizei in Spezialheime eingewiesen worden waren. Dazu

gehören die Durchgangsheime, Sonderheime, Jugendwerkhöfe und Spezialkinderheime. Sie empfanden sich für die Dauer der Unterbringung eingesperrt, isoliert, menschenunwürdiger Behandlung und Bestrafungen ausgeliefert und in dieser Situation völlig rechtlos. Diese Lebensbedingungen werden von den Betroffenen in vielen Fällen als haftähnlich, freiheitsentziehend und für Kinder und Jugendliche völlig ungeeignet bewertet. Unabhängig von der konkreten Lebensgeschichte bestehen die Gründe und Motive für eine Antragstellung in dem Anspruch, dass das erlittene Unrecht durch die strafrechtliche Rehabilitierung öffentlich anerkannt wird.

Die Begründungen der meisten ablehnenden Beschlüsse der Landgerichte vermitteln den Eindruck unzureichender Kenntnis sowohl der konkreten Lebenssituationen der Antragsteller im Bewertungszeitraum als auch der Einordnung in den historischen und damit system- und ideologiegeprägten Kontext. Dies wird vor allem deutlich im unkritischen Übernehmen von Zitaten aus DDR-Jugendhilfeakten und anderer personenbezogenen Unterlagen, mit denen die Ablehnungen oftmals begründet werden. Auf diese Weise erhalten die schriftlichen Hinterlassenschaften der DDR-Jugendhilfe bis heute Deutungsmacht über das Leben der Antragsteller. Die dadurch ausgelösten Retraumatisierungseffekte bei den Betroffenen sind intensiv und oftmals nachhaltig. Nicht selten ist auch das noch nicht gefestigte Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert, was weitreichende Folgen für alle Lebensbereiche der Betroffenen und ihrer Familien hat. Dass in der DDR rechtsstaatswidrige Beschlüsse gefällt wurden, haben in Spezialheime eingewiesene Kinder und Jugendliche am eigenen Leib erfahren müssen. Dass Gerichte im demokratischen Rechtsstaat die damaligen Einweisungsgründe auch heutigen Entscheidungen zugrunde legen, kann das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zerstören.

Viel zu selten werden die Antragsteller selbst angehört und andere Sachverständige hinzugezogen. Eine Prüfung, ob eine Heimeinweisung sachfremden Zwecken diente oder im groben Missverhältnis stand zu den zugrunde gelegten Verhältnissen, wird bis auf sehr wenige Ausnahmen lediglich formal und nicht durch Anhörungsverfahren vorgenommen. Die Aufarbeitungsbeauftragte plädiert dafür, dass neben politisch motivierten Einweisungen in die Spezialheime auch geprüft wird, ob die Inobhutnahme tatsächlich dem Fürsorgeauftrag des Staates gerecht wurde oder nicht.

Es sind nur wenige Gerichtsbeschlüsse bekannt, wie der des Landgerichts Rostock vom 11. April 2012, der die Art und Weise der Unterbringung in einem Sonderheim in die Bewertung einbezieht und zu dem Schluss gelangt, dass die Heimunterbringung nicht dem staatlichen Auftrag der Inobhutnahme und Fürsorge entsprach und deshalb als sachfremd zu bewerten und die Betroffene zu rehabilitieren ist.

4.3 Berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung

Die Anzahl der Ratsuchenden im Bereich berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung ist inzwischen viermal höher als die derjenigen, die eine strafrechtliche Rehabilitierung anstreben. Angesichts der in vielen Fällen schlechten Beweislage, der immer noch zeitaufwändigen und schwer zu durchschauenden Antragsverfahren werden die Beratungsangebote der LAkD weiterhin gerne in Anspruch genommen. Besonders hilfreich kann eine Beratung vor der Antragstellung sein. Im Beratungsgespräch wird gemeinsam erörtert, worin der politisch motivierte Eingriff in die berufliche Entwicklung bestand und ob dieser berufliche Eingriff vom Reha-Gesetz erfasst wird. In den Fällen, in denen es sich beispielsweise um die Verhinderung eines weiteren beruflichen Aufstiegs handelte, kann dem Betroffenen mitgeteilt werden, dass eine Antragstellung nicht erfolgreich sein wird. Der Gesetzgeber hat sogenannte berufliche Aufstiegsschäden aus dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz ausgeklammert. In den Beratungsgesprächen kann einerseits das Ausmaß des verfolgungsbedingten Karriereeingriffs und die dadurch entstandenen Belastungen für den Betreffenden gewürdigt, andererseits der Enttäuschung vorgebeugt werden, die nach dem entsprechenden Aufwand ein

abgelehnter Rehabilitierungsanspruch auslösen würde. Bereits im ersten Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten ist darauf hingewiesen worden, dass es den Antragstellern zuweilen Schwierigkeiten bereitet, aussagekräftige, beweisfähige Unterlagen vorzulegen, die den Eingriff in die berufliche Entwicklung belegen. Da politisch motivierte Eingriffe in die Berufstätigkeit in der DDR u. a. auch zur Vermeidung vor Arbeitsrechtsprozessen kaum dokumentiert wurden und zudem der zeitliche Abstand zum Geschehen gewachsen ist, wird die Beweislage zunehmend schwieriger. Die Bürgerberatung der LAkD unterstützt hier mit Hilfen und Recherchen in Archiven und gibt Hinweise, welche Unterlagen und Aussagen die Beweislage verbessern können. Obwohl im BerRehaG im § 25 Verwaltungsverfahren, Absatz 1 und 2 vom Gesetzgeber der schwierigen Beweislage der Antragsteller durch Beweiserleichterungen Rechnung getragen wird, kommen diese aus Sicht der Landesbeauftragten zu selten zur Anwendung. So kann zum Beispiel die Rehabilitierungsbehörde Zeugen und Sachverständige anhören sowie bei nicht vorhandenen oder nicht schuldhaft verloren gegangenen Beweismitteln zur Glaubhaftmachung der Verfolgungsumstände eine Erklärung an Eides Statt anerkennen. Leider wird in schwierigen Entscheidungen davon zu wenig Gebrauch gemacht.

Beispiel Herr W.

In der Zeit von 1966 bis 1970 befand sich Herr W. in einer beruflichen Ausbildung mit Abitur. Er war ein unangepasster Jugendlicher, der deswegen bereits Schwierigkeiten in der Schule hatte. Als er von einem Konzert der Rolling Stones auf dem Springer-Hochhaus in West-Berlin aus dem RIAS-Berlin erfuhr, wollte er dieses Konzert am 7. Oktober 1969 in Berlin nicht versäumen.

Um einen Auflauf in Ost-Berlin am 20. Jahrestag der Gründung der DDR zu verhindern, wurden vielerorts bereits registrierte, politisch aufmüpfige Jugendliche, potentielle Konzertbesucher festgenommen. Herr W. war unter

ihnen und saß zwei Tage in Untersuchungshaft. Diese Festnahme nahm die Schulleitung zum Anlass, ihn nicht zu den Abiturprüfungen zuzulassen. Er schien ihnen nicht mehr für ein Studium oder für Leitungspositionen geeignet. Herr W. hoffte, wenigstens seine Facharbeiterausbildung abschließen zu können. Im Juli 1970 wurde für ihn völlig unerwartet die mündliche Prüfung abgesagt, so dass er ohne Berufsabschluss blieb. Er konnte viele Jahre nur als ungelernter Hilfsarbeiter arbeiten, bis er einen Betrieb fand, der seine Kaderakte nicht als Ausschlussgrund für Weiterbildung und Qualifizierung betrachtete.

Später wird Herr W. im Rahmen der "Aktion Banner", einer politischen Aktion vor den X. Weltfestspielen in Berlin 1973, wie weitere 8.995 Personen verhaftet. Er wird, wie viele andere, zu zwei Jahren Haft wegen angeblicher Asozialität verurteilt. 1993 wurde diese Verurteilung für rechtsstaatswidrig erklärt.

Herr W. beantragte seine berufliche Rehabilitierung für den politisch begründeten Eingriff in seine Berufsausbildung und die spätere Weigerung der Betriebe, ihm Weiterbildungsund Qualifizierungsmöglichkeiten zu gewähren. Sein Antrag wurde abgelehnt, weil keine Unterlagen die Inhaftierung im Oktober 1969 belegen und die Verweigerung des Schulabschlusses nicht in den Schulakten überliefert ist. Herr W. reichte daraufhin beim Verwaltungsgericht Klage ein. Die Klage wurde durch eine Stellungnahme der Landesbeauftragten unterstützt, die die politischen Hintergründe der anhaltenden politisch motivierten beruflichen Diskriminierung von Herrn W. aufzeigte.

In der Zeit vor dem Verhandlungstermin gelang es Herrn W., nach vielen Jahrzehnten der Kontaktlosigkeit, sich seinem inzwischen über 80-jährigen Vater wieder anzunähern und mit ihm über die Geschehnisse zu sprechen. Sein Vater war in der DDR Direktor eines volkseigenen Betriebes und Mitglied der SED. Es gab damals viele innerfamiliäre Auseinander-

setzungen, weil Herr W. nicht zur Anpassung bereit war und der Vater dafür in der Partei und in der Schule zur Verantwortung gezogen wurde. Vater und Sohn waren deshalb damals völlig verstritten und hatten sich in der Folge entfremdet. Die Annäherung bewirkte, dass der Vater für das Gericht eine persönliche Erklärung schrieb. Er bestätigte darin das politisch motivierte Vorgehen gegen seinen Sohn, berichtete von Aussprachen, in denen er zur politisch korrekten Erziehung seines Sohnes gezwungen werden sollte. Der Vater drückte in dem Schreiben sein tiefes Bedauern aus, dass er seinen Sohn damals nicht unterstützt hatte.

Der Erklärung des Vaters wurde in der gerichtlichen Verhandlung keine Beweiskraft für das Verfolgungsgeschehen zugesprochen. Es wurde von Seiten des Gerichts und der Rehabilitierungsbehörde Verwunderung darüber geäußert, dass der Vater sich erst jetzt zu Wort meldet. Außerdem wurde darauf verwiesen, dass er damals nicht gegen die Verweigerung des Schulabschlusses eingeschritten sei, obwohl es dazu auch in der DDR rechtliche Mittel gab. Die Klage wurde abgewiesen.

Die Diktaturfolgen im familiären Kontext blieben unberücksichtigt. Herr W. hatte auf die Frage, weshalb sein Vater erst jetzt eine Erklärung abgab, geantwortet, dass er zuvor nicht bereit gewesen sei, sich mit diesem schlimmen Zerwürfnis auseinanderzusetzen und dass er selbst bisher nicht die Kraft hatte, mit seinem Vater das Gespräch zu suchen.

4.4 Verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden

Antragstellerinnen und Antragsteller, die beim Landesamt für Soziales und Versorgung verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden geltend machen, wenden sich immer wieder mit der Bitte um Unterstützung an die LAkD, wenn keine Anerkennung erfolgte. Entweder wollen sie einen Widerspruch einlegen oder sie befinden sich bereits im Klageverfahren vor einem der

Sozialgerichte. Oftmals verletzt, ratlos oder auch wütend berichten sie uns von ihren Erfahrungen während der Begutachtung und verweisen auf Aussagen des Gutachters, in denen sie sich nicht verstanden fühlen. Den Betroffenen fällt es deshalb schwer, sich mit den Gründen für die Ablehnung im Widerspruch- und Klageverfahren auseinanderzusetzen. Das folgende Beispiel soll helfen, die Problematik zu verdeutlichen.

Beispiel Frau M.

Frau M. wurde 1969 völlig überraschend aus ihren Lebensplänen gerissen und nach § 249 StGB der DDR, Asozialität, zu 2 ½ Jahren Haft verurteilt. Sie war damals gerade 19 Jahre alt, wollte Musik studieren und Sängerin werden, kellnerte in einem Café und sang in einer Band, die den Beatles nacheiferte. Nach der Verurteilung kam sie in ein Arbeitserziehungslager. Dort brach sie nach kurzer Zeit psychisch zusammen und wurde in das Haftkrankhaus für Psychiatrie in Waldheim eingeliefert. Hier wurde sie mehrfach von kriminellen Häftlingsfrauen und Wärtern vergewaltigt. Nachdem sich ihr Gesundheitszustand trotz medizinischer Behandlung in Waldheim immer mehr verschlechterte, beantragte die Staatsanwaltschaft die vorzeitige Haftentlassung. Mit diesen traumatischen Erfahrungen stand sie anschließend völlig allein da, konnte sich niemandem anvertrauen und kapselte sich und das Erlebte mehr und mehr ab. Nach mehreren Suizidversuchen wurde sie mit 38 Jahren erwerbsunfähig. Entspannung fand sie teilweise durch Alkoholkonsum. 1994 wurde die Verurteilung als rechtsstaatwidrig erklärt und Frau M. rehabilitiert. Als sich ihr Gesundheitszustand in den Folgejahren weiter verschlechterte, stellte sie einen Antrag auf Anerkennung von Haftfolgeschäden. Der vom LASV beauftragte Fachgutachter erhielt während des Gutachtergesprächs auf die Frage nach der Hafterfahrung von Frau M. die Auskunft: "Waldheim war die Hölle". Mehr konnte sie zu diesem Zeitpunkt nicht über das Erlebte aussagen, über das sie seit über 40 Jahren geschwiegen

hatte. Obwohl der Gutachter, wie im Gutachten zu lesen ist, Kenntnis von den Haftgründen und -umständen, dem jugendlichen Alter, dem psychischen Zusammenbruch, den Vergewaltigungen und anschließenden Suizidversuchen aus ärztlichen Unterlagen hatte, kam er zu dem Schluss: "Insgesamt kann ein eindeutiger Bruch in der Lebenslinie im Zeitraum der Inhaftierung nicht festgestellt werden." Frau M. war fassungslos, dass diese Aussage die Ablehnung ihres Antrags begründete.

Sie legte Widerspruch ein und wandte sich an die Beratungsstelle der LAkD. In mehreren intensiven Beratungsgesprächen fasst Frau M. ausreichend Vertrauen und Mut, die Erinnerungen an das Geschehen während der Haft zuzulassen und mit einem anderen Menschen zu teilen. In diesem Zeitraum wird auch der Widerspruch durch das LASV abgelehnt. Weiterhin begleitet durch die Beratung der LAkD entschied sich Frau M., Klage gegen den Bescheid zu erheben. Das Sozialgericht stellte später fest, dass sie haftbedingte Verfolgungsschäden erlitt und sprach ihr 30 % Grad der Behinderung (GdB) zu.

Das Beispiel macht die schwierige, unter Umständen retraumatisierende Situation für die Antragstellerinnen und Antragsteller deutlich, die für sie im und nach dem Begutachtungsverfahren nicht selten entsteht. Es weist darüber hinaus auf die nicht ausreichend für diese Aufgabe qualifizierten Gutachter hin, die möglicherweise für die Bewertung von Unfallfolgen hinreichend kompetent sind, denen jedoch historisches Wissen über die Repressionspraxis in der DDR fehlt und die sich oft nicht vorstellen können, mit welch ausgeklügelten Methoden versucht wurde, Menschen in der DDR zu disziplinieren.

4.5 Die Zusammenarbeit mit der Rehabilitierungsbehörde, dem Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) und Gerichten im Land Brandenburg

Um die Menschen, die sich an uns wenden, sachgemäß beraten und unterstützen zu können, ist die LAkD oftmals auf die Zusammenarbeit mit behördlichen Stellen und den Rehabilitierungskammern der Gerichte angewiesen, die auf Landesebene für die Umsetzung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und die daraus folgenden Leistungen zuständig sind. Diese Zusammenarbeit ist nicht immer reibungslos. Deshalb boten wir der Rehabilitierungsbehörde und dem LASV im Berichtszeitraum gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen und den Austausch über Probleme in Rehabilitierungsverfahren und bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden an. Mit der Rehabilitierungsbehörde fanden zwei Veranstaltungen zu den Themen "MfS-Maßnahmen der Zersetzung und deren psychosoziale Folgen" und "Berufliche Diskriminierung und der Begriff der 'Arbeit' in der sozialistischen Gesellschaft" statt, zu denen ausgewiesene Fachreferenten vortrugen und Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch gegeben war. Für externe Gutachter und Mitarbeiter des LASV wurde gemeinsam mit der LAkD eine Weiterbildung veranstaltet zum Thema "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen". Das Thema wurde durch eine Mitarbeiterin der LAkD eingeleitet, die über Repressionsmethoden in der SBZ/ DDR informierte und an Beispielen deren Folgen verdeutlichte.

Trotz Bemühungen des LASV, die externen Gutachter für diese Veranstaltung zu gewinnen, war nur eine einzige Gutachterin erschienen. Es zeigte sich, dass die Probleme der Begutachtung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden auf diesem Wege nur schwerlich zu lösen sein werden. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung aller beteiligten behördlichen und ministeriellen Akteure bzw. auch einer politischen Initiative, die medizinischen Gutachten in Zukunft zu verbessern. Wir hoffen deshalb, dass die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zum Thema "Die Qualität der Begutachtung von ver-

folgungsbedingten Gesundheitsschäden und deren Auswertung verbessern" den notwendigen Impuls geben werden. Für Ratsuchende, die sich an uns wenden, erarbeiteten wir Stellungnahmen und Rechercheberichte, mit denen die verfahrensbeteiligten Behörden und Gerichte bei der Entscheidungsfindung unterstützt werden.

4.6 Die Beratung kommunaler Vertretungskörperschaften

Der Anstieg von Anträgen auf Überprüfung von Mandatsträgern kommunaler Vertretungskörperschaften auf inoffizielle und hauptamtliche Tätigkeiten für das MfS in den letzten Jahren zeigt deutlich einen Mentalitätswandel in Bezug auf die Bewertung der SED-Diktatur im Land Brandenburg. Viele kommunale Vertretungskörperschaften hatten entweder erstmalig ein Ersuchen auf Überprüfung gestellt oder nach langer Pause diesen Schritt wiederholt. Es kam in diesem Prozess immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen, die nicht nur in den Vertretungskörperschaften, sondern medial begleitet weit in die Gesellschaft hineinwirkten. Die LAkD beriet bis



Der Bürgerberater Michael Körner zusammen mit dem Bürgermeister von Ortrand und MdL Ingo Senftleben, September 2013

zum Ende des Berichtszeitraums 2013 zu Fragen der Beschlussfassung zu den Auskunftsersuchen, zum Stasi-Unterlagen-Gesetz, zur Verfahrensgestaltung, zum Verständnis der MfS-Akten, zum Umgang mit Mitteilungen des BStU, zur Bewertung von Tätigkeiten für das MfS sowie zum individuellen Umgang mit Verstrickungen. Darüber hinaus gab es auch Anfragen zu den gesetzlichen Regelungen der Überprüfungsverfahren von kommunalen Wahlbeamten im Land Brandenburg. Vor und nach der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im Dezember 2011, die eine erweiterte Zwecksetzung gemäß §§ 20 und 21 Absatz 6b StUG regelte, wurden auch vereinzelt Anfragen zu möglichen Überprüfungen von ehrenamtlichen Bürgermeistern, Vertretern für einen Gemeindeteil und von Bewerbern für ein Bürgermeisteramt bearbeitet.

Auch in diesem zweiten Berichtszeitraum haben wir Dienstherren in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, Leitungen von Institutionen sowie Kreistage und kommunale Gebietskörperschaften in Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS von Amts- bzw. Mandatsträgern beraten.

4.7 Die dezentrale Beratung

Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage Betroffener nach dezentralen Beratungsangeboten war es dringend geboten, die Bürgerberatung der Landesbeauftragten weiter zu verstärken. Im Mai 2012 konnte mit finanzieller Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie des brandenburgischen Landtages ein weiterer Mitarbeiter eingestellt werden. Dieser bietet vorwiegend Beratungen in den brandenburgischen Kommunen an, zum Teil in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Außenstelle des BStU. So konnten in der zweiten Jahreshälfte 2012 an 44 mobilen Beratungstagen 269 Brandenburger beraten werden.

Im Jahr 2013 konnte die Gesamtzahl der angebotenen mobilen Beratungen auf 78 gesteigert werden. Dabei wurden insgesamt 574 Betroffene beraten. Dieser Form der Beratung wird zukünftig eine wachsende Bedeutung zukommen. Ein Grund dafür liegt in der sich verändernden Altersstruktur der ehemals Verfolgten. Gleichzeitig werden durch die Ankündigungen der jeweiligen Vor-Ort-Beratung mit Hilfe der lokalen Medien Informationen über das Beratungsangebot der Landesbeauftragten ins Land getragen. Um möglichst allen in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen ein Beratungsangebot zumindest in der Nähe ihres Heimatortes machen zu können, werden alle Städte und Gemeinden mit mehr als 1.000 bzw. 1.500 Einwohnern regelmäßig besucht.

4.7.1 Inhalte der Beratungsgespräche

Wichtigste Anliegen ratsuchender Bürger sind neben Fragen zu den Rehabilitierungsgesetzen nach wie vor die Einsicht in die eigenen Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit sowie in die Unterlagen naher Angehöriger.

In Bezug auf die Rehabilitierungsgesetze lässt sich feststellen, dass die Anzahl Betroffener, die mit Fragen zur strafrechtlichen Rehabilitierung an die Landesbeauftragte herangetreten sind, leicht abgenommen hat. Bei der beruflichen bzw. verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung bleibt die Nachfrage hingegen gleichbleibend hoch. Warum entschließen sich manche Betroffene erst jetzt, die Möglichkeiten einer beruflichen oder verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung zu prüfen? Vielen fehlte es an Zeit oder Interesse, sich während des Erwerbslebens um die eigene berufliche Rehabilitierung zu kümmern. Erst beim Eintritt in das Rentenalter werden sie auf Lücken in ihrem Rentenverlauf aufmerksam. Hinzu kommt bei Manchen die oft erst langsam weichende Scheu, sich mit dem in der DDR Erlebten auseinanderzusetzen.

Das Aufarbeitungsinteresse der nachfolgenden Generation nimmt offenbar zu. Das zeigt sich in vielen Gesprächen, in denen deutlich wird, wie SED und MfS – sowohl auf Verfolger- als auch auf Verfolgtenseite – die Entwicklung von Familienbiographien beeinflusst haben. Von den meisten Ratsuchenden wird immer wieder der oft reibungslose Übergang früherer SED-Funktionäre und Mitarbeiter des MfS in den brandenburgischen Staatsdienst, sei es auf Landes- oder Kommunalebene beklagt. Viele sehen sich insoweit

als "Wendeverlierer" und fühlen sich vom demokratischen Rechtsstaat, insbesondere wenn erlittenes Unrecht von staatlicher Seite nicht angemessen anerkannt wird, im Stich gelassen.

4.7.2 Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit der LAkD konnte in den letzten beiden Jahren weiter ausgebaut werden. Es gelang zunehmend, Journalisten vor Ort für das mobile Beratungsangebot zu interessieren. Zudem konnten die Kommunen noch besser in die Öffentlichkeitsarbeit eingebunden werden. Viele von ihnen nutzten die Möglichkeit, von der Behörde der Landesbeauftragten gestaltete Plakate in ihren Schaukästen auszuhängen. Aus den Gesprächen mit den Betroffenen ergab sich jedoch, dass dies allein nicht ausreichend ist. Viele bemängelten, dass sie die Beratungsangebote in ihren Heimatorten nicht bemerkt oder nur zufällig in einer Zeitung vom jetzigen Termin erfahren hätten. Hier müssen noch Wege gefunden werden, um Betroffene zuverlässiger über das Beratungsangebot zu informieren. Denkbar wäre eine Zusammenarbeit mit Opferverbänden aber auch mit Sozialstationen, Volkssolidarität sowie anderen caritativen Verbänden.

4.7.3 Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Als sehr erfolgreich für beide Seiten erwies sich die Kooperation der Landesbeauftragten mit der Außenstelle Frankfurt (Oder) des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU). Neben der Beratung zu den Akten des MfS konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesbeauftragten nun, sofern es sich um einen über die Akteneinsicht hinausgehenden Beratungsbedarf handelte, direkt an einen Bürgerberater der Landesbeauftragten verweisen. Viele Bürger nutzten diese Möglichkeit, ergänzend zum Thema "Akteneinsicht" über ihr Erlebtes in der ehemaligen DDR zu sprechen und sich über Möglichkeiten der Rehabilitierung zu informieren.

Ebenfalls gute Erfahrungen gab es bei anderweitigen Kooperationsveranstaltungen. So konnten

sich Bürger auf dem Brandenburg-Tag 2012 in Lübbenau über die Arbeit der Bürgerberatung der Landesbeauftragten informieren und sich zu verschiedensten Fragestellungen im Zusammenhang mit ihren Erlebnissen in der DDR beraten lassen.

Auch beim nunmehr jährlich stattfindenden Bürgertag in der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam trat die Landesbeauftragte sowohl 2012 als auch 2013 als Kooperationspartner auf und bot jeweils Beratung für Betroffene an. Um die Betroffenen noch besser erreichen zu können, hat die Bürgerberatung der LAKD erneut am 10. November in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum in Cottbus beim jährlich stattfindenden Häftlingstreffen ein Beratungsangebot geschaffen, welches von vielen ehemaligen politischen Häftlingen dankbar angenommen wurde. Hier sind beide Seiten an einem weiteren Ausbau interessiert.

Im Rahmen der jährlichen Veranstaltungsreihe "LAkD vor Ort", bei welcher in einem oder mehreren Landkreisen Veranstaltungen, Ausstellungen und Weiterbildungen stattfinden, konnten 2012 neun Beratungstermine in der Prignitz angeboten werden. 26 Betroffene nahmen dieses Angebot wahr. 2013 wurde das Angebot in den Landkreisen Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz sowie in der Stadt Cottbus auf 11 Beratungstermine ausgebaut. Insgesamt wandten sich hier 58 Ratsuchende an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerberatung.

Fallbeispiel:

Frau K. wandte sich im Rahmen einer dezentralen Beratung an die Landesbeauftragte. Sie hatte erst durch die örtliche Presse erfahren, dass es im Land Brandenburg eine Stelle gibt, die Ansprechpartner für Betroffene des SED-Unrechts ist. Frau K. war selbständige Kunsthandwerkerin und hatte in der ehemaligen DDR einen langen, von staatlicher Überwachung und Drangsalierung gezeichneten Leidensweg hinter sich, bis es ihr 1988 gelang,

mit Hilfe gefälschter Papiere in die Bundesrepublik zu flüchten. Nach der Wende musste sie aufgrund der geltenden gesetzlichen Regelungen ihr ehemaliges Grundstück von der Stadt Falkensee zum damals aktuellen Grundstückswert zurückkaufen. Das fiel ihr aufgrund des Erlebten sehr schwer. Hierbei kam es auf Seiten von Frau K. zu vielen Missverständnissen, was das Verhalten ihrer Heimatstadt in diesem Verfahren anbelangte und was sie viele Jahre sehr belastet hat. Vor einigen Jahren stellte sie aufgrund einer psychischen Erkrankung einen Antrag auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung, um diese Erkrankung als Folgeschaden anerkennen zu lassen. Dieser Antrag wurde von der Rehabilitierungsbehörde abgelehnt. Die Rechtsmittelfrist war bereits abgelaufen,

als Frau K. die Bürgerberatung aufsuchte. Das Erlebte zusammen mit der Nichtanerkennung des erlittenen Unrechts führte bei Frau K. insgesamt zu großer Verbitterung.

Durch Vermittlung der Landesbeauftragten kam es zu einem Treffen von Frau K. mit dem Bürgermeister ihrer Heimatstadt. Im gemeinsamen Gespräch konnten die meisten Missverständnisse ausgeräumt werden. Zudem entstand ein reger Austausch über das jeweilige Erleben der DDR. Anschließend teilte Frau K. der Beraterin bei der Landesbeauftragten mit, wie gut ihr das Gespräch getan hat und dass sie nun wieder einen anderen, positiven Blick auf ihre Heimatstadt bekommen hat.

5 Förderung von Aufarbeitungsprojekten

Im Jahr 2012 standen der LAkD 40.000 EUR für die Förderung von Projekten zur Verfügung. Davon wurden ca. 34.000 EUR an sieben Träger vergeben. Darunter waren mehrere Zeitzeugenprojekte, aber auch ein Theater- und ein Ausstellungsprojekt sowie ein mehrtägiger Jugendworkshop. (Eine Übersicht befindet sich im Anhang.)

Da die Projektmittel in den vergangenen Jahren nicht voll in Anspruch genommen wurden, zugleich aber die Zahl der Kooperationsanfragen an die LAkD stieg, wurde ab 2013 ein neuer Weg beschritten. Für die LAkD ist die Zusammenarbeit mit Partnern der verschiedensten Bereiche und Regionen eine Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Diese Zusammenarbeit betrifft Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen ebenso wie Gedenkstätten und Museen, Bildungseinrichtungen, Behörden und überregionale Träger. Um diese Kooperationen auszubauen, neue Kooperationspartner zu finden und dies finanziell zu untersetzen, wurde ab dem Jahr 2013 die Finanzierung von Projekten wie z. B. Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen umgestellt. Statt der Projektförderung durch Zuwendungen wurden nunmehr Kooperationsvereinbarungen zur Realisierung von Projekten abgeschlossen. Die Zusammenarbeit hat sich dadurch vereinfacht.

Dabei standen Kooperationsprojekte mit folgenden Zielstellungen im Vordergrund:

 Erforschung von Verweigerung, Widerstand und Opposition gegen die kommunistische Diktatur auf dem Territorium des heutigen Landes Brandenburg,

- Vermittlung dieser Forschungsergebnisse,
- Projekte mit Zeitzeugen, die in der SBZ/DDR Unrecht erfahren haben,
- regionalgeschichtliche Aufarbeitung für die Zeit ab 1945,
- politisch-historische Bildung, insbesondere für Kinder und Jugendliche, deren inhaltliche Schwerpunkte Fragen von Demokratie und Diktatur, von Freiheit und Zwang, von Eigenverantwortung und Bürgersinn sind,
- Stärkung einer Erinnerungskultur, in der die Erfahrungen mit der kommunistischen Diktatur, mit der deutschen Teilung und dem Widerstand gegen das SED-System bewahrt werden,
- Anregung eines öffentlichen Diskurses über Repressionsmechanismen, Alltagserfahrungen und Verhaltensoptionen in der Diktatur.

Formen der Zusammenarbeit waren Veranstaltungen, Jugendgeschichtsprojekte im Rahmen der schulischen und außerschulischen Arbeit, regionalgeschichtliche Veröffentlichungen zur SED-Diktatur auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg, Aktivitäten in Bezug auf historische Orte, die an Verfolgung, Unterdrückung und Widerstand in der SBZ/ DDR erinnern sowie Ausstellungen, Audio- und Videoprojekte.

6 Gremien, in denen die Beauftragte des Landes vertreten ist

6.1 Enquete-Kommission 5/1

Im Sommer 2010 nahm die Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" im Landtag ihre Tätigkeit auf. Sie hatte die Aufgabe, politische Entscheidungen der letzten 20 Jahre und deren Auswirkungen auf gesellschaftliche Entwicklungen in Brandenburg zu untersuchen und zu bewerten. Der brandenburgische Transformationsprozess sollte auf den Prüfstand gestellt werden, um ggf. Fehler zu korrigieren, Defizite auszugleichen und Gelungenes zu verstetigen. Dabei stand in allen Themenfeldern der Umgang mit den Hinterlassenschaften aus der DDR im Vordergrund, also die Aufarbeitung der Diktatur im Kontext der Errichtung und Festigung demokratischer Verhältnisse.

Die Aufarbeitungsbeauftragte war zwar nicht ordentliches Mitglied, besaß daher auch kein Stimmrecht, durfte aber beratend teilnehmen und sich auch äußern. Darüber hinaus war sie zusammen mit der Landtagsabgeordneten Susanne Melior zuständig für den Themenbereich II: "Wiedergutmachung und nachhaltige Würdigung der Opfer des SED-Regimes". Dieser Themenbereich wurde an drei Sitzungstagen verhandelt, drei Gutachten wurden diskutiert und 17 Sachverständige angehört. Das Ergebnis der Kommission sind ein Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen für die Politik. Bezogen auf den erwähnten Themenbereich sind u. a. folgende Handlungsempfehlungen hier erwähnenswert: Empfohlen wurden die Einrichtung eines Härtefallfonds für Opfer des SED-Regimes und eines Haushaltstitels für die Förderung von Opferverbänden, eine Qualitätssicherung bei Gutachten verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden und eine stärkere Einbeziehung ehemals Verfolgter des SED-Regimes in die Erinnerungskultur des Landes.

6.2 Weitere Gremien, in denen die Aufarbeitungsbeauftragte des Landes Brandenburg mitarbeitet

- Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Kommission zur Geschichte des NKWD-Lagers (gem. §§ 1,3 Geschäftsordnung des Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten),
- Beirat der Gedenk- und Begegnungsstätte Potsdam Leistikowstraße,
- Fachbeirat Gesellschaftliche Aufarbeitung / Opfer und Gedenken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin,
- Förderverein Zentrum für Zeithistorische Forschung,
- Beirat des BStU (stellv. Vorsitzende),
- Beirat Gedenkstätte Hohenschönhausen (stellv. Vorsitzende),
- Vorstand Robert-Havemann-Gesellschaft,
- Vorstand "Gegen Vergessen Für Demokratie" e. V.,
- Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD.

7 PR- und Medienarbeit

Seit 2012 hat die Behörde der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur ein neues "Outfit". Die Firma eckedesign erhielt den Auftrag, ein Corporate Design (CD) der Behörde zu entwickeln. Seit Mai 2012 sind alle Drucksachen dementsprechend gestaltet. Auch bei der Gestaltung der Wanderausstellung zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg wurde das CD berücksichtigt. Der Webauftritt www.aufarbeitung. brandenburg.de erhält derzeit unter Berücksichtigung des neuen CD sowie interaktiver Elemente einen Relaunch.

Die Aufarbeitungsbeauftragte wurde zu zahlreichen Debatten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von den regionalen und nationalen Medien befragt. Dies reichte vom Umgang mit ehemaligen Heimkindern aus der DDR über die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes bis hin zu Erkenntnissen über die Medikamententests bundesdeutscher und westeuropäischer Unternehmen in der DDR.

8 Die Zusammenarbeit mit Lagergemeinschaften, Opferverbänden und -vereinen sowie Aufarbeitungsinitiativen

Die Arbeit der bereits bestehenden Verbände und Vereine der Opfer von SED-Unrecht und Aktivisten der Aufarbeitung wurde im Berichtszeitraum durch die Gründung zweier neuer Vereine im Land Brandenburg verstärkt: die "Gemeinschaft der Verfolgten des DDR-Systems/ Brandenburg", die sich insbesondere für die Entwicklung einer Gedenkkultur einsetzt und der "Verein Kindergefängnis Bad Freienwalde/Interessengemeinschaft ehemaliger Heimkinder". Letzterer wurde von Betroffenen gegründet, die im Zeitraum von 1969 bis 1987 in das Durchgangsheim Bad Freienwalde eingewiesen worden waren. Viele der ehemaligen Heimkinder leiden bis heute an den Folgen ihres Heimaufenthalts. Der Verein will eine gegenseitige Unterstützung ermöglichen und zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR-Heimerziehung beitragen.



Der ehemalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck, im Gespräch mit dem Grafiker und DDR-Oppositionellen Bob Bahra (verst. Februar 2013) auf dem Empfang des Ministerpräsidenten für die Opferverbände in der Staatskanzlei im November 2012

Im Berichtszeitraum fanden vier weitere Treffen der Opfervereine und Initiativen statt, zu denen die Landesbeauftragte einlud. Die Treffen dienten dem Erfahrungsaustausch, dem gegenseitigen Berichten über die Arbeit der Vereine und Initiativen und der Verbesserung der Zusammenarbeit. Zudem wurden Fachleute als Referenten eingeladen. Die Leiterin der Rehabilitierungsbehörde des Landes Brandenburg sprach über Probleme der beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung, Mitarbeiter des BStU informierten über Änderungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und mit Kommunalvertretern wurde über Probleme der Umsetzung von Überprüfungsverfahren auf hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das MfS in einzelnen Kommunalvertretungen diskutiert. Die Landesbeauftragte informierte regelmäßig über ihre Tätigkeit sowie über die im Juli 2012 begonnene Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle des Fonds "Heimerziehung in der DDR". Ein weiteres alle Beteiligte interessierendes Thema der Treffen war die Arbeit der Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg".

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Debatte über die Enquete-Themen Wiedergutmachung, Gedenken und Würdigung der Opfer des SED-Regimes wandten sich 13 Opfervereine und Aufarbeitungsinitiativen im Juni 2012 mit einem Brief an den Ministerpräsidenten. Sie sagten ihr verstärktes Engagement für die Überwindung der bestehenden Aufarbeitungsdefizite zu und baten die Landesregierung, mit ihnen in einen Dialog einzutreten und ihre Arbeit zu unterstützen. Der damalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck und die Landesregierung luden daraufhin im Herbst 2012 erstmals ca. 100 Vertreterinnen und Vertreter der Opfervereine und Aufarbeitungsinitiativen zu einem Empfang in die Staatskanzlei. In den Redebeiträgen wurden Opposition und Widerstand der Anwesenden während der Diktatur gewürdigt und eine finanzielle Förderung für das Jahr 2013 aus Lottomitteln zusagt.

Die Landesbeauftragte wurde von der Landesregierung 2013 gebeten, gemeinsam mit dem Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) die Vergabe der Mittel umzusetzen. Es wurde ein zweistufiges Verfahren vereinbart. Die Landesbeauftragte prüft, ob der Antragsteller zuwendungsberechtigt und ob das Projekt inhaltlich für zuwendungsfähig erachtet wird. Im nächsten Schritt geht der Antrag an das LASV, das das weitere Verwaltungsverfahren durchführt. Durch diese Förderung konnten 2013 der Strukturaufbau der Vereine, Projekte der Zeitzeugenarbeit und der Gedenkkultur sowie kleine Forschungsvorhaben im Gesamtvolumen von 60.000 EUR realisiert werden. Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke setzte am 18. November 2013 diese begonnene Tradition der Begegnung mit den Opferverbänden, -vereinen und Aufarbeitungsinitiativen fort und sagte abermals Fördermittel in Höhe von 60.000 EUR aus Lottomitteln der Landesregierung für 2014 zu.

Auf Bitten der Lagergemeinschaft Sachsenhausen übernahm die LAkD die Führung und Sammlung von Interviews mit ehemaligen Häftlingen des Speziallagers Sachsenhausen, die heute bereits 80 Jahre alt und älter sind. Diese wichtigen lebensgeschichtlichen Zeugnisse für die



Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke im Gespräch mit Ernst O. Schönemann vom Vorstand der Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG e. V.) während des Empfangs des Ministerpräsidenten für die Opfer- und Aufarbeitungsinitiativen in der brandenburgischen Staatskanzlei in Potsdam, November 2013

politisch-historische Forschung und Bildungsarbeit konnten so gesichert werden. Die Interviews werden als Quellen in den Bestand eines webbasierten Zeitzeugenportals mit Widerstandsund Unrechtserfahrung in der Zeit der kommunistischen Diktatur von 1945 bis 1989 auf dem Gebiet des Landes Brandenburg aufgenommen werden. Dieses webbasierte Informationssystem, seit November 2011 ein Kooperationsprojekt der LAkD mit der Fachhochschule Potsdam, wird zukünftig zu dem medialen Ort werden, der auch die gesammelten persönlichen Erinnerungen und Dokumente der Opferverbände, -vereine und Aufarbeitungsinitiativen als Quellen für die politisch-historische Bildungsarbeit zugänglich macht.

Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten und dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

9.1 LStU-Konferenz

Die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen) bzw. zur Aufarbeitung (Brandenburg und Thüringen) sowie die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kommen monatlich zusammen, um sich auszutauschen, zu beraten und gemeinsame Projekte und Initiativen zu planen. Etwa dreimal im Jahr kommt auch der Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen hinzu.

Im Berichtszeitraum standen neben der Planung von Veranstaltungen (z. B. der zwei Bundeskongresse) sowie gemeinsamen Publikationen unter anderem folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Novellierungen der Rehabilitierungsgesetze,
- Aktenzugänge,
- der Fonds Heimerziehung in der DDR und Probleme der Umsetzung in den Anlauf- und Beratungsstellen,
- die Verbesserung Begutachtung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden,
- Häftlingsarbeit, Medikamententests in der DDR für westliche Firmen,



Stand der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur auf dem Tag der deutschen Einheit in Stuttgart am 3. Oktober 2013



Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur anlässlich ihrer Klausur in der "Point Alpha Akademie" in Geisa im Dezember 2012, von links: Ulrike Poppe, Hildigund Neubert (Thüringen), Martin Gutzeit (Berlin), Dr. Wolfgang Laßleben (Sachsen-Anhalt), Marita Pagels-Heineking (Mecklenburg-Vorpommern) und Lutz Rathenow (Sachsen)

- die Zukunft des BStU und seiner Außenstellen,
- aktuelle Entwicklungen bezüglich der Gedenkstättenkonzeptionen in den einzelnen Ländern.

9.2 Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU)

Mit dem BStU und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem in den Abteilungen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Auskunft/Verwendung von Unterlagen (AU) und Wissenschaftliche Forschung und politische Bildung (BF) gab es auch in den letzten beiden Jahren eine sehr gute Zusammenarbeit. Der Bundesbeauftragte zeigte reges Interesse am Aufarbeitungsgeschehen in Brandenburg und nahm mehrfach an Veranstaltungen im Land teil. Ein besonders freundlicher Kontakt besteht mit der Außenstelle des BStU in Frankfurt (Oder). Wir planen, die Anzahl der mit der Außenstelle gemeinsam durchgeführten Beratungen im Land zu erhöhen. Der Außenstellenleiter, Herr Rüdiger Sielaff, ist für uns in vielen das Stasi-Unterlagen-Gesetz betreffenden Belangen eine große Unterstützung.

Die Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg für ehemalige Heimkinder in der DDR bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD)

10.1 Einleitung

10.1.1 Leid und Unrecht in der Heimerziehung der DDR

"Kindern und Jugendlichen ist in Heimen der DDR Leid und Unrecht zugefügt worden." Mit diesem Satz beginnt eine Erklärung, die der Bund und die ostdeutschen Länder ihrem Bericht "Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR" vorangestellt haben. Für viele Betroffene, die als Kinder und Jugendliche in einem Heim der Jugendhilfe der DDR untergebracht waren, bedeutet dieser Satz die lang ersehnte gesellschaftliche Anerkennung des erlittenen Unrechts. Junge Menschen, die wegen familiärer Probleme nicht zu Hause leben konnten oder die vom Staat aus anderen Gründen von ihren Familien getrennt wurden, weil sie sich z. B. nicht den staatlich vorgegebenen Normen fügten, kamen häufig in ein Heim. Unabhängig vom Grund ihrer Einweisung sollten die Kinder und Jugendlichen dort Zuwendung und Hilfe erwarten dürfen. Stattdessen erfuhren sie in manchen Heimen massiven Disziplinierungsdruck, nicht selten Demütigungen und drakonische Bestrafungen für kleinste Vergehen sowie Gewalt durch das Personal oder andere Heimkinder. Viele Kinder und Jugendliche wurden zur Arbeit gezwungen. Oft fehlte ein privater Ort, an den sich das Kind zurückziehen konnte, den es gestalten und mit seinen Habseligkeiten bestücken konnte. Das Heimleben spielte sich fast ausschließlich in der Gruppe, im Kollektiv, ab. Kinder wurden für Verhaltensweisen bestraft, die Ausdruck ihrer familiären oder trennungsbedingten Probleme waren, wie Unruhe oder Bettnässen. Viele ehemalige Heimkinder berichten, dass sie sich im Heim nicht sicher und aufgehoben und als Mensch angenommen fühlten.

Die meisten haben die Folgen ihrer Heimaufenthalte bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ver-

arbeitet und so überschatten diese häufig auch heute noch ihr Leben. Dies zeigt sich auch daran, dass sie neben psychischen und körperlichen Erkrankungen auch Schwierigkeiten haben, sich in der heutigen Gesellschaft zurechtzufinden. Sie leiden an Bindungsstörungen und sozialer Einsamkeit sowie am Unvermögen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.



Bilanzpressekonferenz mit der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Dr. Martina Münch, anlässlich des einjährigen Bestehens der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heimkinder in Brandenburg im Juli 2013

10.1.2 Der Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren von 1949 bis 1990"

Im Dezember 2008 hatte der Deutsche Bundestag die Einrichtung des "Runden Tisches Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren" beschlossen, der sich mit der Situation in der alten Bundesrepublik befasste. Im Nachgang dazu wurden auch wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben, die sich mit der Heimerziehung in der DDR befassten. Veranlasst durch diese Ergebnisse sowie aufgrund zahlreicher Erfahrungsberichte ehemaliger Heimkinder haben die ostdeutschen Jugend- und Familienminister und der Deutsche Bundestag beschlossen, ab Juli 2012 einen Fonds von 40 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Damit sollen jenen ehemaligen Heimkindern aus der DDR Hilfen zuteil werden, die bis

heute an den Folgen der Heimunterbringung leiden. Mit dem Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren von 1949 bis 1990" soll ein Zeichen der Anerkennung des erlittenen Unrechts gesetzt und ein Beitrag zur Versöhnung und zur Herstellung von Rechtsfrieden geleistet werden.

"In der DDR wurden in den Heimen der Jugendhilfe häufig Zwang und Gewalt ausgeübt. Insbesondere in den Spezialheimen der Jugendhilfe war der Alltag von Freiheitsbeschränkung, Menschenrechtsverletzungen, Fremdbestimmung, entwürdigenden Strafen, Verweigerung von Bildungs- und Entwicklungschancen sowie erzwungener Arbeit geprägt. Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen wurden zum Teil massiv beeinträchtigt und die Entwicklung ihrer Potentiale verhindert. Wir bedauern zutiefst, dass Kindern und Jugendlichen in zahlreichen Heimen der Jugendhilfe der DDR Leid und Unrecht zugefügt wurde. Unsere Gesellschaft muss diese menschenrechtsverletzende Praxis stärker als bisher zur Kenntnis nehmen und sich damit auseinandersetzen. Wir wollen den Betroffenen Hilfe bei der Bewältigung von Folgen der Heimerziehung in der DDR und deren Aufarbeitung anbieten. Dazu soll, wie in den westlichen Ländern, ein Fonds eingerichtet werden, um die häufig noch nach wie vor bestehenden Belastungen zu vermindern. Es werden Anlaufund Beratungsstellen in allen ostdeutschen Ländern eingerichtet, die Betroffene bei der Aufarbeitung ihrer Lebensgeschichte, bei der Suche nach ihren Akten und beim Zugang zu Hilfeleistungen und Rentenersatzleistungen aus dem Fonds unterstützen. Bund und Länder stellen für den Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990" insgesamt 40 Millionen EUR zur Verfügung."

(Auszug aus der Präambel zum Bericht "Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR" vom 26. März 2012)

10.2 Einrichtung der Anlauf- und Beratungsstelle

Das Land Brandenburg hat im Frühjahr 2012 entschieden, die Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder der DDR bei der LAkD anzusiedeln. Hier gab es bereits umfangreiche Erfahrungen in der Beratung von Menschen, die in der DDR Unrecht erlitten haben und zudem hatten sich bereits lange vor der Errichtung des Fonds viele ehemalige Heimkinder an die Bürgerberatung der LAkD gewendet. Der brandenburgische Landtag erweiterte daher im Juni das Aufarbeitungsbeauftragtengesetz um einen Paragrafen zur Einrichtung der Anlaufstelle.

Die Anlauf- und Beratungsstelle musste gemäß der Verwaltungsvereinbarung von Bund und ostdeutschen Ländern zum 1. Juli 2012 arbeitsfähig sein. Da entsprechendes Personal erst zum 1. August 2012 eingestellt werden konnte, nahmen diese Aufgabe bis dahin die Mitarbeiterinnen der LAkD wahr, die die Anlaufstelle aufgebaut haben. Die Anlaufstelle befindet sich in den Räumen der Behörde in der Hegelallee 3.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anlauf- und Beratungsstelle im Land Brandenburg im Februar 2014

Am 2. Juli 2012 nahm die Anlauf- und Beratungsstelle ihre Arbeit auf. Bereits in den Monaten zuvor hatten sich mehrere hunderte ehemalige Heimkinder bei der LAkD gemeldet. Die Personalplanung belief sich anfangs auf zwei Stellen für professionelle Sozialarbeiter. Ihre Aufgabe ist die Durchführung von Beratungsgesprächen mit den Ratsuchenden, wobei neben der Vermittlung der Fondshilfen oft das biographische Gespräch für die Betroffenen eine große Bedeutung erlangt.

Schnell zeigt sich, dass das große Interesse am Fonds personelle Verstärkung verlangte. Im März 2013 wurde eine weitere Sozialarbeiterstelle besetzt, im Dezember 2013 noch eine Sachbearbeiterstelle.

10.3 Die Aufgaben der Anlauf- und Beratungsstelle

10.3.1 Die Anlauf- und Beratungsstelle als Ansprechpartner

Die Anlauf- und Beratungsstelle ist für jeden Ratsuchenden im Land Brandenburg, der Informationen zum Fonds Heimerziehung sucht, zuständig. Bei den Ratsuchenden handelt es sich vorrangig um ehemalige Heimkinder. Aber auch ehemalige Erzieher, die ihre Erfahrungen schildern möchten, nehmen Kontakt auf. Auch Jugendämter, Jugendhilfeeinrichtungen und andere Behörden, die aufgrund der Errichtung des Fonds Heimerziehung in Kontakt mit ehemaligen Heimkindern stehen, erfragen Informationen bei der Anlauf- und Beratungsstelle.

10.3.2 Die Beratung ehemaliger Heimkinder

Persönliche Beratungsgespräche

In den Beratungsgesprächen hat der bzw. die Betroffene die Möglichkeit, über das Leben in den Jugendhilfeeinrichtungen und bedrückende Erfahrungen zu berichten. Manchen fällt es schwer, die Erinnerung an demütigende Erlebnisse preiszugeben. Es bedarf der Einfühlsamkeit, Geduld und Professionalität, das Gespräch bis zu den heute noch bestehenden Nachwirkungen dieser Heimerfahrung zu lenken und mit dem Ratsuchenden zu beraten, welche Hilfen für den Einzelnen diese Folgen mildern können. Nicht wenige Menschen haben bisher kaum über die Zeit im Heim oder einzelne, besonders belastende Ereignisse gesprochen. Die Gespräche finden in der Regel in der Anlaufstelle in Potsdam statt.

Biografiearbeit und Aktenrecherche

Die Anlauf- und Beratungsstelle unterstützt die Ratsuchenden bei der Rekonstruktion ihrer Lebensdaten. Oft liegen keine Dokumente vor, aus denen ersichtlich ist, wann und warum ein Kind oder Jugendlicher ins Heim kam, wie die familiäre und persönliche Situation damals war und in welchen Heimen sich die bzw. der Betroffene befand. Daher ist es auch Aufgabe der Beratungsstelle, die Ratsuchenden bei der Suche nach persönlichen Unterlagen, nach Angehörigen oder anderen Menschen, die im Leben des Betroffenen von Bedeutung waren, zu unterstützen. Die Mitarbeiter helfen insbesondere bei der Kontaktaufnahme zu Archiven und anderen Stellen.

Ermittlung und Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber dem Fonds (Verfahren)

Um Hilfe aus dem Fonds in Anspruch nehmen zu können, wird zwischen dem Betroffenen und der Anlauf- und Beratungsstelle eine Vereinbarung geschlossen, die beide Seiten unterzeichnen. In dieser Vereinbarung wird dargelegt, welche Erfahrungen von Unrecht die bzw. der Betroffene im Heim gesammelt hat, welche Belastungen sich daraus bis heute ergeben und welche Hilfen zu einer Milderung beitragen können. Diese Hilfen werden genau bezeichnet und die Höhe ihrer Kosten beziffert. Ist die Vereinbarung über die Hilfeleistung geschlossen, wird sie der Fondsverwaltungsstelle zur Schlüssigkeitsprüfung zugesendet. Diese Stelle ist das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) in Köln. Von dort aus erfolgt die Zahlung der erforderlichen Mittel.

Hilfen

Die materiellen Hilfen aus dem Fonds stellen eine Unterstützung bei anhaltenden Folgebelastungen dar. Es handelt sich nicht um Entschädigungszahlungen. Bei der Klärung von Hilfen aus dem Fonds stehen folgende Fragen im Mittelpunkt:

Welche Schädigungsfolgen aus dem Heimaufenthalt liegen heute noch vor? Was braucht der/die Hilfesuchende heute und mit zunehmendem Alter? Welche geeigneten Hilfen können aus dem Fonds Heimerziehung in der DDR gegeben werden? Welche Hilfen werden von anderen Sozialleistungsträgern finanziert – ggf. auch nur teilweise - und sind daher vorrangig vor Leistungen aus dem Fonds?

Der Fonds gewährt Hilfen zur Milderung von Folgeschädigungen vor allem in folgenden sechs Handlungsfeldern:

- Soziale Integration und Teilhabe am öffentlichen Leben
- 2. Biografiearbeit und Persönlichkeitsentwicklung
- 3. Wohnsituation, Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter
- 4. Gesundheit
- 5. Bildung und Arbeit, Unterstützung bei Bemühungen auf dem Arbeitsmarkt
- 6. Mobilität

10.3.3 Einige Zahlen zur Anlauf- und Beratungsstelle

Seit Eröffnung sind weit über 2.000 Anfragen eingegangen. Für 1.560 Betroffene im Land Brandenburg, die sich gemeldet haben, ist die Anlaufstelle zuständig. Anfragende aus anderen Bundesländern wurden an die für sie zuständigen Anlaufstellen weitervermittelt. Diese Zahlen sind ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In Sachsen und Thüringen haben sich bereits über 2.000 Betroffene für Hilfen angemeldet.

Auf dem Gebiet der früheren Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) gab es von 1949 bis 1990 etwa 75.000 Heimkinder, davon waren ca. 20.000 Kinder und Jugendliche in Spezialeinrichtungen untergebracht (Spezialkinderheim, Jugendwerkhöfe, Sonderheime).

Bezogen auf die Betroffenen, welche sich bereits gemeldet haben, ergibt sich hier ein Anteil von 2 %.

Welche Konsequenzen diese Zahlen für die Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle haben, lässt

sich noch nicht klären. Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass es auch Kinderheime gab, in denen die Kinder liebevolle Fürsorge erfahren konnten. Manche mögen in ihren Familien unerträgliche Erfahrungen gesammelt haben und der Aufenthalt im Heim bot ihnen Schutz. Erzieher haben sich für sie eingesetzt, sie gefördert und Lebensperspektiven vermittelt. Andere wiederum haben die teilweise schlimmen Verhältnisse und Erziehungspraktiken, die besonders in den Spezialheimen angewandt wurden, aufgrund eigener stabiler Konstitution relativ gut verkraften können. Sicher gibt es auch ehemalige Heimkinder, die ihr Schweigen über die erlebte Heimzeit nicht brechen können, weil die Scham zu groß ist, gegenüber Dritten darüber zu sprechen. Und schließlich wird die Information über den Fonds noch nicht alle erreicht haben, die für die Hilfen infrage kämen.

Mit rund 500 Menschen ist in Brandenburg ein Beratungsgespräch zu Leistungen aus dem Fonds geführt worden. Davon wurden 55 Betroffene aus Gesundheits- bzw. Mobilitätsgründen an ihrem Heimatort aufgesucht. Mit 402 von ihnen konnten bereits eine oder mehrere Hilfen aus



Diagramm Zunahme der Erstkontakte von Betroffenen aus Brandenburg



Diagramm Aufteilung zwischen bisher geleisteten materiellen Hilfen und Rentenersatzleistungen

dem Fonds vereinbart werden. Insgesamt wurden 906 Hilfevereinbarungen durch die Anlaufstelle geschlossen und an die Geschäftsstelle des Fonds ins Prüfverfahren eingereicht.

Für Betroffene aus dem Land Brandenburg sind bisher Hilfebedarfe im Wert von 2.541.413,72 EUR vereinbart worden (Quelle GS BAFZA: 21.01.2014). Davon sind bereits 857.481,18 EUR als Hilfen zur Auszahlung gekommen. Als Rentenersatzleistungen wurden 1.165.300,00 EUR vereinbart, wovon 905.700,00 EUR bereits an die Betroffenen ausgezahlt wurden.

Beispiel Familie P.

Das Ehepaar P. suchte gemeinsam die Anlaufund Beratungsstelle auf. Sie wünschten gemeinsam einen Termin, denn seit ihrer Heimzeit sind sie zusammen. Beide haben sich im Jugendwerkhof kennengelernt.

Frau P. kam bereits als Kind in ein Heim und wuchs zwischenzeitlich bei Pflegeeltern auf, weil ihre Mutter aus politischen Gründen inhaftiert war. Schließlich kam sie als Jugendliche in einen Werkhof.

Im Jugendwerkhof herrschte unter den Jugendlichen Gewalt. Bei Disziplinarverstößen gab es Arrest und Essenentzug. Frau P. erinnert sich an das Gefühl der Abwertung und Demütigung durch das Betreuungspersonal. Im Jugendwerkhof musste Frau P. in einer Möbelfabrik in der Polsterei arbeiten. Als Folge der täglichen Arbeit, die für Jugendliche während der Wachstumsphase zu schwer war, hat Frau P. heute körperliche Schäden. Im Heim wurde sie nicht auf das Leben vorbereitet. So lernte sie u. a. nicht zu kochen.

Eine von ihr gewünschte Ausbildung zur Krankenschwester blieb ihr verwehrt. Frau P. konnte im Jugendwerkhof die Ausbildung zum Teilfacharbeiter nicht beenden, da sie vor Abschluss der Prüfung entlassen wurde. Im weiteren Berufsleben erhielt sie deshalb keinen qualifizierten und entsprechend bezahlten Arbeitsplatz. Heute hat sie eine kleine Rente. Die jetzige Ausstattung ihrer Wohnung besteht noch größtenteils aus DDR-Produkten.

Für Frau P. ist die eigene Wohnung ein Rückzugsort, den sie in den Einrichtungen der Jugendhilfe nicht hatte. Wenn sie schon umziehen muss, möchte sie ihr neues Zuhause schön gestalten, damit sie z. B. Gäste empfangen kann. Da sich in ihrer neuen Wohnung keine Kücheneinrichtung befindet, wünscht sie sich dafür Unterstützung.

Durch den Fonds erhielt sie Ausstattungsgegenstände für eine neue, altersgerechte Wohnung. Ein Rentenersatz war nicht möglich, da der Jugendwerkhof Rentenbeiträge – wenn auch minimale – abgeführt hatte.

Die Möglichkeit, in der neuen Küche jetzt kochen und backen zu können, empfindet sie als Linderung ihrer Folgen aus der Heimerziehung.

Herr P. musste im Jugendwerkhof erst in der Schlosserei und Schweißerei arbeiten, dann als Lackierer für Wollverarbeitung. Da er im Jugendwerkhof seine schulische Ausbildung nicht fortsetzen konnte, hatte er bei seiner Entlassung nur den Abschluss der 7. Klasse. Auch erhielt er dort keine Berufsausbildung. Darum galt Herr P. danach als "Ungelernter" und durfte nur Hilfsarbeiten verrichten. Heute hat er einen körperlichen Schaden wegen eines nicht behandelten Arbeitsunfalls im Jugendwerkhof. Da für diese Zeit keine Rentenbeiträge abgeführt worden waren, konnte Herr P. einen Rentenersatz aus dem Fonds erhalten.

Heute ist Herr P. aufgrund seiner gesundheitlichen Situation darauf angewiesen, mit seiner Frau aus einer Wohnung im 3. Stock, die er seit mehr als 30 Jahren bewohnt, in eine altersgerechte Wohnung im Erdgeschoss zu ziehen. Auch Herr P. empfindet die Möglichkeit der Ausgestaltung der neuen Wohnung als

Rückzugsort, wo er sich sicher und geborgen fühlen kann, als besondere Linderung der belastenden Erfahrung aus der Heimerziehung. Beide benannten die Hilfen als spürbare Anerkennung des erlittenen Unrechts. Waren sie zuerst sehr misstrauisch gegenüber Behörden und Ämtern, so konnten sie durch den Beratungsprozess Vertrauen gewinnen.

Heute fühlt sich das Ehepaar P. sehr wohl in der neu eingerichteten altersgerechten Wohnung und sagte das auch immer wieder, als die Hilfen in ihrer Lebenssituation während des Beratungsprozesses ankamen.

Beispiel Frau S.

Frau S. war durch Krieg und Flucht Waisenkind geworden und kam schon 1945 ins Kinderheim. Durch die wechselnden Heimunterbringungen bis 1953 wurde sie von ihren Geschwistern getrennt. Frau S. erinnert sich, bereits 1945 eine nachlassende Hörfähigkeit bemerkt zu haben. Sie erhielt hierfür keine medizinische Behandlung während ihrer Heimaufenthalte. Die Folge ist ein bleibender Gehörschaden. Zur Linderung des Schadens erhielt sie aus Fondsmitteln ein Hörgerät. Frau S. berichtet, dass sie nun durch das bessere Hören wesentlich mehr am sozialen Leben teilhaben kann.

Da sie damals bei der Beantragung der Waisenrente für sich und ihre Geschwister von den Behörden keine Unterstützung erhielt, waren sie mit 14 Jahren mittellos.

Sie hat in den Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe keinen Ort gefunden, der ihr Schutz und Geborgenheit gab. Die Jugendhilfe setzte sich weder für den gemeinsamen Verbleib der verwaisten Geschwister noch für die Beantragung des finanziellen Unterhalts ein.

Heute ist Frau S. das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit in den "eigenen vier Wänden" wichtig, ein Gefühl, was ihr in der Heimzeit verwehrt blieb. Doch altersbedingt war ein Umzug in eine neue Wohnung notwendig. Für ein entsprechendes, altersgerechtes Wohnungsangebot benötigte sie jedoch einen Genossenschaftsanteil und die Einrichtung einer neuen Küche, was sie allein nicht hätte aufbringen können. Dieser Anteil konnte vom Fonds übernommen werden.



Frau S. in ihrer neuen Küche

Heute fühlt sich Frau S. wohl in der neu eingerichteten altersgerechten Wohnung. Sie sagt, es wäre wie ein Wunder, das wäre ihr sonst so nie möglich gewesen. Es macht das Erlittene in der fernen Kindheit nicht ungeschehen, doch sie hat damit im Alter noch einmal ein Zuhause gefunden, dass ihr Sicherheit, Komfort, doch vor allem Geborgenheit gibt.

Beispiel Frau B.

Frau B. kam 1979 ins Heim, weil die alleinerziehende Mutter damals mit vier Kindern überfordert war. Dabei wurde sie auch von ihren Geschwistern getrennt. Vom Betreuungspersonal im Heim wurde ihr gewünschter Kontakt zur Familie nicht unterstützt und disziplinabhängig gemacht. Es gab Strafen, von der Gruppe isoliert werden, Essenentzug und Zwangsernährung. Die Erzieher beschützen sie nicht vor der "Hackordnung" unter den Heimkindern. Sie durfte nur die Förderschule besuchen, so dass ihr der Abschluss der zehnklassigen Polytechnischen Oberschule (POS) versagt blieb. Ihre kreativen Potentiale wurden ebenfalls nicht gefördert. Erst nach der Heim-

entlassung holte sie selbständig die 10. Klasse nach und absolvierte eine Ausbildung zur Bauzeichnerin.

Heute ist es ihr Traum, Kosmetikerin zu werden. Sie möchte selbständig und kreativ sein. Diese Ausbildung wird nicht vom Jobcenter finanziert, da sie ja als Bauzeichnerin vermittelbar ist. Der Fonds kann diese Ausbildung als Hilfe im Bereich Qualifizierung und nachholende Persönlichkeitsentwicklung finanzieren.

10.3.4 Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen und Behörden sowie Kooperationspartner

10.3.4.1 Zusammenarbeit mit der Bürgerberatung der LAkD

In der DDR sind Kinder und Jugendliche nicht nur aus sozialpädagogischen Gründen in Jugendhilfeheime gekommen. Es konnte auch Gründe politischer Verfolgung der Eltern oder des Heimkindes selbst gegeben haben. In solchen Fällen arbeitet die Anlaufstelle mit der Bürgerberatung der LAkD zusammen. Diese prüft, ob Ansprüche nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen vorliegen und berät, wie ein Antragsverfahren in diesem Fall verläuft. Nach bisherigen Erhebungen konnte etwa ein Sechstel der betroffenen Ratsuchenden an die Bürgerberatung zur Beantragung der Einsicht in die vom MfS angelegten Akten über die eigene Person oder zu den Rehabilitierungsgesetzen weitervermittelt werden.

10.3.4.2 Kooperationspartner Opferhilfe Land Brandenburg e. V.

Nach Beginn der Beratungstätigkeit der Anlauf- und Beratungsstelle konnte die Opferhilfe Land Brandenburg e. V. als Kooperationspartner gewonnen werden. Der Verein hat ein brandenburgweites Beratungsstellennetz für Menschen, die Opfer von Gewalttaten geworden sind. Er legt ein besonderes Augenmerk auf den sensiblen Umgang mit traumatisierten Menschen,

die Gewalt erfahren haben. In Potsdam hat der Verein eine Trauma-Ambulanz eingerichtet. Die Kooperation ermöglicht der Anlauf- und Beratungsstelle, für Ratsuchende wohnortnah weiterführende Unterstützungsmöglichkeiten zu vermitteln.

10.3.4.3 Beratung von Behörden und Trägern der Jugendhilfe

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anlaufund Beratungsstelle hielten Fachvorträge zum Fonds Heimerziehung für heutige Jugendhilfeträger bei dem 3. Brandenburgischen Erziehungshilfetag in Wittstock am 26. September 2013 und bei zwei Veranstaltungen zu "Beratungspraxis mit ehemaligen DDR-Heimkindern" beim Jugendhilfeträger Kinder- und Jugendhilfeverbund (KJHV) im Land Brandenburg.

10.3.4.4 Informationsveranstaltungen im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Ort ZEIT Geschichte"

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Veranstaltungsreihe "LAkD vor Ort" führte die Anlauf- und Beratungsstelle vom 9. bis 12. September 2013 Informationsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendämtern, Jugendhilfeeinrichtungen, Archiven sowie anderer öffentlicher Einrichtungen in Forst, Cottbus und Senftenberg durch. Ziel dieser Veranstaltungen war, den "Fonds Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990" und die Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle bei Behörden und Einrichtungen, die Kontakt mit den Betroffenen haben, bekannt zu machen. In den Informationsveranstaltungen wurde ein fachlicher Hintergrund zur Heimerziehung in der DDR sowie deren Folgen vermittelt. Insbesondere wurde auf die Bedeutung der Gewährung der Akteneinsicht hingewiesen.

In den folgenden Jahren sollen in gleichem Rahmen diese Veranstaltungen in anderen Landkreisen durchgeführt werden.

10.3.5 Unterstützung für Selbsthilfeinitiativen

Für Menschen mit traumatischen Erfahrungen aufgrund der Heimerziehung kann es nicht nur wichtig sein, sich professionelle Unterstützung zu holen, sondern auch, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen. Bisher gibt es zwei Selbsthilfeinitiativen im Land Brandenburg. Der Verein "Kindergefängnis Bad Freienwalde", der bereits vor der Einrichtung der Anlauf- und Beratungsstelle bestand, sowie die 1. Selbsthilfegruppe im Land Brandenburg von Betroffenen der Heimerziehung in der DDR, die sich im Herbst 2013 in Brandenburg an der Havel gründete.

Die Anlauf- und Beratungsstelle kann die Vernetzung und Selbsthilfe ehemaliger Heimkinder und deren Austausch unterstützen. Bisher hat es dazu allerdings wenig Möglichkeiten gegeben, einmal, aus Kapazitätsgründen, zum zweiten aber auch, weil bisher wenig konkreter Bedarf formuliert worden ist. Jederzeit können Fachinformationen zum Thema Heimerziehung in der DDR oder Informationsmaterial zum Fonds Heimerziehung in der DDR angefordert werden.

10.4 Beirat der Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg

Seit dem 13. Juni 2013 gibt es einen Beirat für die Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg. Dieser berät die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anlauf- und Beratungsstelle, die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) sowie den für die Fachaufsicht zuständigen Mitarbeiter des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) in allen Belangen der Umsetzng des Fonds, einschließlich in Konflikt- bzw. Beschwerdefällen. Dabei sollen die Interessen der Betroffenen im Mittelpunkt stehen. Der Beirat unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit der Anlauf- und Beratungsstelle und die Kontakte zu Selbsthilfegruppen ehemaliger Heimkinder. Auf seiner Sitzung am 4. November 2013 wählten die Mitglieder des Beirates Herrn Dr. Frieder Burkhardt (unterrichtete als Professor an der Fachhochschule Potsdam bis 2008 Sozialethik, Sozialphilosophie und Sozialgeschichte) zum Vorsitzenden und Karin Strohbach (Geschäftsführerin des Erziehungshilfeverbunds Märkisch Oderland, eines freien Trägers der Arbeiterwohlfahrt) zur Stellvertreterin. Außerdem gehören dem Beirat an: Jens Burkhardt-Plückhahn (Sozialpädagoge, ehem. Heimkind), Ursula Burkowski (Schriftstellerin, ehem. Heimkind), Andreas Kuhnert (Mitglied der SPD-Fraktion des brandenburgischen Landtages, Pfarrer), Grit Poppe (Schriftstellerin), Rosemarie Priet (Leiterin der Opferberatungsstellen des Vereins "Opferhilfe Land Brandenburg") und Linda Teuteberg (Mitglied der FDP-Fraktion des brandenburgischen Landtages, Juristin).



Die Mitglieder des Beirats der Anlauf- und Beratungsstelle

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist es, den "Fonds Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990" und die Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle bei den betroffenen ehemaligen Heimkindern im Land Brandenburg sowie Behörden und Einrichtungen, die Kontakt mit den Betroffenen haben, bekannt zu machen.

10.5 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Eröffnung der Anlauf- und Beratungsstelle wurde anlässlich einer Pressekonferenz am 2. Juli 2012 bekannt gegeben. Seitdem ist die Anlauf- und Beratungsstelle in den regionalen Medien von Zeit zu Zeit präsent. Auf einem Pressefrühstück am 29. November 2012 wurde eine erste Bilanz gezogen und auf die Publikation der Handreichung "Fonds Heimerziehung in den Jahren von 1949 bis 1990" für Betroffene im Land Brandenburg hingewiesen. Nach einjähriger Tätigkeit am 11. Juli 2013 wurde in einer weiteren Pressekonferenz zum Stand der Beratungstätig-

keit und der Annahme von Leistungen aus dem Fonds "Heimerziehung" von Betroffenen im Land Brandenburg informiert. Zudem trat die Leiterin der Anlauf- und Beratungsstelle in Interviews im überregionalen und regionalen Fernsehen auf und gab Pressemittteilungen zum Thema Fonds Heimerziehung heraus.

10.6 Die Situation der Anlauf- und Beratungsstelle im 4. Quartal 2013

Im vierten Quartal 2013 sah sich die Geschäftsstelle des Fonds, das BAFzA in Köln nicht in der Lage, bereits zugesagte Überweisungen zu tätigen, da die für das Quartal vorhandenen Mittel bereits nach nur wenigen Wochen verausgabt waren. Dies führte bei einigen Betroffenen, die bereits die Zusage erhalten hatten, zu großen Problemen, die bereits bestellten bzw. erworbenen Waren zu bezahlen. Kurz vor Weihnachten 2013 zahlten die Länder ihre Raten vorab ein, so dass die Geschäftsstelle nun wieder Beträge für materielle Hilfen überweisen konnte. Die Verunsicherung unter den Betroffenen, die sich vor allem in einigen Internet-Chats widerspiegelte, führte auch zu verstärkten Nachfragen und Beschwerden in der Potsdamer Anlauf- und Beratungsstelle.

Am 12. Dezember 2013 kündigte der Fonds auf seiner Homepage an, den Fonds Ost "auszusteuern". Damit wurde die absehbare Zahlungsunfähigkeit des Fonds umschrieben, dessen Mittel voraussichtlich Ende des ersten Quartals 2014 verbraucht sein würden. Dies hatte zur Konsequenz, dass die jeweiligen Beratungsstellen in den neuen Ländern und Berlins feste Etats zugewiesen bekamen, mit denen bereits vereinbarte oder zugesagte und noch nicht schriftlich vereinbarte materielle Hilfen finanziert werden konnten, aber keine neuen Beratungsgespräche über materielle Hilfen geführt werden konnten.

Aufgrund dieser Situation teilte die Anlauf- und Beratungsstelle den ehemaligen Heimkindern, die sich gemeldet hatten, mit, dass Beratungstermine zu materiellen Hilfen derzeit nicht vergeben werden, Beratungen z. B. zu biografischen Recherchen aber weiterhin stattfinden können.

Zudem nahm im gleichen Zeitraum die Bearbeitung der Vereinbarungen durch die Geschäftsstelle des Fonds beim BAFzA in Köln von drei auf sechs Monaten zu. Diese lange Wartezeit enttäuschte viele Betroffene. Sie fühlten sich von der Politik im Stich gelassen.

Inzwischen warten alle Seiten auf die Umsetzung der von der Bundesregierung angekündigten Aufstockung des Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990". Bis dahin werden die schriftlichen und telefonischen Anfragen Betroffener aufgenommen. Nach Auffüllung des Fonds und Festlegung der Vergabekriterien werden Termine für Beratungsgespräche und die Vereinbarung materieller Hilfen vergeben.

11 Internationale Kontakte

Die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland mit der kommunistischen Diktatur findet auch im Ausland großes Interesse. Vor allem Völker, die sich in den letzten Jahren von Diktaturen befreiten und nun einen neuen demokratischen Rechtsstaat aufbauen, sind an dem deutschen Weg der Diktaturaufarbeitung interessiert. Seitdem im Land Brandenburg eine Aufarbeitungsbeauftragte vom Landtag eingesetzt wurde, nimmt auch das Interesse ausländischer Gäste an der hiesigen Auseinandersetzung mit der Diktaturvergangenheit zu. So wurde die Aufarbeitungsbeauftragte zu Gesprächen mit Vertretern aus den Maghreb-Staaten, Bosnien, Taiwan, Südkorea und Belaruss eingeladen bzw. besuchten diese den Dienstsitz in Potsdam. Aber auch Vertreter aus Staaten, die bereits seit Jahrzehnten rechtsstaatlich und demokratisch strukturiert sind, erkundigen sich nach der Arbeit der Behörde und den ostdeutschen Erfahrungen im Transformationsprozess. Frau Poppe wurde hierzu von Auswärtigen Amt zu Vorträgen und Diskussionen mit amerikanischen Kongress-Abgeordneten und Mitarbeitern eingeladen sowie zu Vorträgen z. B. an das Goethe-Institut in Toulouse.

Bei einer Studienfahrt der Bundesstiftung Aufarbeitung nach Bulgarien im Sommer 2013 knüpfte die LAkD Kontakte zu einem Gymnasium in der Hauptstadt Sofia, das als deutsche Auslands-



Der Bildungsminister von Bosnien und Herzegowina mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Besuch in den Räumen der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten in Potsdam im April 2013

schule anerkannt ist. Drei Schüler dieser Schule besuchten auf Einladung einer LAkD-Mitarbeiterin im Sommer Berlin und Potsdam. Bei einem Workshop in der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam waren sie von dem Zeitzeugengespräch mit einer ehemals politisch Inhaftierten so beeindruckt, dass sie bei ihrer Schulleitung erwirken konnten, die Zeitzeugin nach Sofia einzuladen. Im Dezember fand dieser Besuch mit finanzieller Unterstützung des Goethe-Instituts und der Bundesstiftung Aufarbeitung und unter Beteiligung der LAkD statt. An zwei Sofioter Schulen wurden mehrere Zeitzeugenveranstaltungen angeboten, die auf ein großes Interesse der bulgarischen Schülerinnen und Schüler stießen.

12 Anhang

Tabelle 1: Veranstaltungen der Aufarbeitungsbeauftragten

Tabelle 2: Veranstaltungen mit der Teilnahme der Aufarbeitungsbeauftragten oder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Tabelle 3: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten

Tabelle 4: Geförderte Projekte

12.1 Eigene Veranstaltungen der Aufarbeitungsbeauftragten und Kooperationen

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel / Thema
26.01.2012	Cottbus	Oberstufen- zentrum	Film und Ge- spräch mit dem Drehbuchautor	"An die Grenze" – Grenzsoldaten und Grenzregime in der DDR
30.01.2012	Potsdam	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Das Beil von Wandsbek" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"
07.02.2012	Potsdam	Sichten und Ansichten e. V.	Ausstellungs- eröffnung	"Frag nach. Blick zurück. Das Los mit der Mauer" – Jugend- liche erkunden Geschichte
19.02.2012	Frankfurt (Oder)	BStU-Außen- stelle Frankfurt (Oder)	Ausstellungs- eröffnung	"28 Jahre getrennt – Das Grenz- regime und seine Folgen für die Brandenburger"
23.02.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Podium, Diskussion	"Überprüfung von DDR-Richtern und DDR-Staatsanwälten im Land Brandenburg" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
08.03.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Podium, Diskussion	"Die inoffiziellen Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit in Potsdam" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
09.03.2012	Suhl	Landesjugend- ring	Workshop für Multiplikatoren	" weil Geschichte nicht irgendwo passiert." Ein Praxisworkshop zur lokalen Jugendgeschichtsarbeit
18.04.2012	Jüterbog		Vortrag und Diskussion	"Vom Wir zum Ich. Landwirtschaft in Brandenburg 1989 – 1995."
26.04.2012	Potsdam	Filmmuseum Potsdam	Film und Ge- spräch	"Das Beil von Wandsbek" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"
03.05.2012	Potsdam	Filmmuseum Potsdam	Film und Ge- spräch	"Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse" Reihe: "Zeitschnitt - Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"
10.05.2012	Prenzlau	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Jadup und Boel" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel / Thema
10.05.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Podium, Diskussion	"Fluchthilfe im geteilten Deutsch- land" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
11. – 13.05. 2012	Erkner	Aufarbeitungs- beauftragte der Länder, Bundesstiftung zur Aufarbei- tung der SED- Diktatur	16. Bundes- kongress für Opferverbände und Aufarbei- tungsinitiativen	"Disziplinierung durch Arbeit"
24.05.2012	Potsdam	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Jahrgang 45" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"
24.05.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Podium, Diskussion	"Die Widerstandsgruppe Theodor Neubauer/Magnus Poser 1939 – 1945" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
02.06.2012	Magdeburg	Stiftung Ge- denkstätten und LStU Sach- sen-Anhalt, Thüringen, MV	Vorträge, Diskussionen	"Die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik 1952."
05.06.2012	Potsdam	Leibniz- Gymnasium	Radtour	"Die Mauer in Potsdam und Umge- bung" – Erkundung mit Schülerin- nen und Schülern auf dem Mauer- radweg
09.06.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstra- ße, ZZF, BStU, Fördergemein- schaft Linden- straße	Bürgertag: Programmbe- teiligung auf der Bühne, Info-Stände	"20 Jahre Einsicht in die Stasi- Akten"
12.06.2012	Senftenberg	BStU-Außen- stelle Frankfurt (Oder)	Ausstellungs- eröffnung, Beratung, Vortrag	"28 Jahre getrennt – Das Grenz- regime und seine Folgen für die Brandenburger" "Staatssicherheit und SED im Kreis Senftenberg"
16.08.2012	Perleberg	DDR-Ge- schichtsmuse- um	Vortrag und Diskussion	Die Umerziehung von Kindern und Jugendlichen in der DDR – Leid und Unrecht in der Heimerziehung und wie heute geholfen werden kann

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel / Thema
23.08.2012	Beeskow	Filmmuseum Potsdam	Film und Ge- spräch	"Jahrgang 45" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten"
30.08.2012	Potsdam	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Jadup und Boel" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"
05.09.2012	Potsdam	Thalia Filmthe- ater Potsdam, Gedenkstät- te Deutsche Teilung Marien- born	Film, Diskussion	"Gesicht zur Wand – 15 Jahre politische Haft in der SBZ und DDR"
06.09.2012	Potsdam	Voltaire- Gesamtschule	Vortrag und Gespräch mit Schülern	Kinder und Jugendliche in DDR-Heimen
13.09.2012	Potsdam	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Gewehre in Arbeiterhand" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"
17.09.2012	Wittenberge	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Freies Land" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"
17.09.2012	Wittenberge	Kultur-und Festspielhaus Wittenberge	Ausstellungs- eröffnung	"28 Jahre getrennt – Das Grenz- regime und seine Folgen für die Brandenburger"
18.09.2012	Glöwen		Vortrag und Diskussion	"Die Transformation der NVA nach der friedlichen Revolution"
18.09.2012	Lenzen		Vortrag und Diskussion	"Aktion Ungeziefer. Zwangsaussied- lungen aus dem Grenzgebiet der DDR an der Elbe."
18.09.2012	Perleberg	Staatliches Schulamt Perleberg	Lehrerfort- bildung	"Zeithistorische Themen im Semi- narkurs der gymnasialen Oberstufe"
19.09.2012	Pritzwalk		Vortrag und Diskussion	"Die Bodenreform in SBZ und DDR und ihre Folgen."
19.09.2012	Perleberg	Gymnasium Wittenberge, DDR-Ge- schichtsmuse- um	Schülerprojekt- tag	Fotogeschichtsworkshop "Leben in der DDR – die Täter- und Opfer- perspektive"

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel / Thema
24. – 25.09. 2012	Perleberg, Wittenberge	DDR-Ge- schichtsmuse- um, Oberstu- fenzentrum	Schülerprojekt- tage	Fotogeschichtsworkshop zur Auseinandersetzung mit der DDR- Geschichte in der Region Prignitz
27.09.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	"Knastmauke" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
24.10.2012	Berlin	Ev. Akademie Berlin	Vortrag, Podium, Diskussion	"Geteilte Christenheit – Ausreise und Flucht" (I.)
25.10.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Film, Diskussion	"Mein letztes Jahr in der DDR" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
01.11.2012	Rathenow	Filmmuseum		"Jadup und Boel" Reihe: "Zeitschnitt – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahr- zehnten"
15.11.2012	Schwedt	Museum Schwedt	Lesung, Zeit- zeugenge- spräch	Buchvorstellung "Spür die Angst"
15.11.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, Fördergemein- schaft Linden- straße, ZZF Potsdam	Lesung, Kommen- tierung und Gespräch	"Die bunte Akte B." Aus den Akten des MfS über Bob Bahra Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
28.11.2012	Berlin	Ev. Akademie Berlin	Vortrag, Podium, Diskussion	"Geteilte Christenheit – Kirche und Staat" (II.)
29.11.2012	Premnitz		Buchvorstel- lung und Diskussion	"Alltag im ostdeutschen Premnitz"
04.12.2012	Potsdam	Ev. Akademie Berlin	Vortrag, Podium, Diskussion	"Geteilte Christenheit – Kirche und Gewalt" (III.)
06.12.2012	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	"Die sowjetischen Truppen in Brandenburg – Rückblick auf fünf Jahrzehnte wechselvollen Neben- einanderlebens" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel / Thema
21.01.2013	Frankfurt (Oder)	My life – Erzählte Geschichte e. V.	Buchvor- stellung und Zeitzeugen- gespräch	"Andersdenkende – Oppositionelle aus dem Raum Frankfurt/Oder – Gorzow Wielkopolski berichten"
24.01.2013	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag und Diskussion	"Die Gemeinschaft Frieden und Aufbau" – Widerstand gegen den Totalen Krieg und Hilfe für verfolgte Juden Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
30.01.2013	Potsdam	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Straßenbekanntschaft" Reihe: "Zeitschnitt – Liebe in Zeiten der Diktatur"
21.02.2013	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Lesung, Podiums- gespräch	"Andersdenkende – Oppositionelle aus dem Raum Frankfurt/Oder – Gorzow Wielkopolski berichten" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
28.02.2013	Prenzlau	Staatliches Schulamt Eberswalde	Lehrerfort- bildung	"Zeithistorische Themen im Rah- men des Seminarkurses der gym- nasialen Oberstufe für die Region Uckermark"
06.03.2013	Potsdam	Projektwerk- statt Linden- str. 54	Lehrerfort- bildung	"Zeithistorische Themen im Rah- men des Seminarkurses der gym- nasialen Oberstufe für den Raum Potsdam"
16.03.2013	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	Die Häftlinge des sowjetischen Geheimdienstes in Brandenburg und Potsdam Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
19.03.2013	Berlin	BStU, Bundes- stiftung zur Aufarbeitung der SED-Dikta- tur	Lehrerfort- bildung	"Der 17. Juni 1953" – Informati- onen und Bildungsangebote für Unterricht und Seminarkurs"
19.03.2013	Perleberg		Lesung, Diskussion	"Spür die Angst"
21.03.2013	Königs-Wus- terhausen	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Hinter den Fenstern" Reihe: "Zeitschnitt – Liebe in Zeiten der Diktatur"
04.04.2013	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	"Wir bleiben zusammen, und kein Tod kann uns mehr trennen" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel / Thema
25.04.2013	Templin	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Meine Frau macht Musik" Reihe: "Zeitschnitt – Liebe in Zeiten der Diktatur"
25.04.2013	Vierlinden, OT Frieders- dorf		Vortrag, Diskussion	"Klassenkampf gegen die Bauern? Die SED-Landwirtschaftspolitik vor dem 17. Juni 1953 und die Rolle der Sowjetunion."
02.05.2013	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Film und Podi- umsgespräch	"Herbsterinnerungen – 50 Jahre nach dem Mauerbau" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
06.05.2013	Potsdam	Leibniz- Gymnasium	Lehrerfort- bildung	Der Mauerradweg in Potsdam
16.05.2013	Chorin	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Zugverkehr unregelmäßig" Reihe: "Zeitschnitt – Liebe in Zeiten der Diktatur"
07. – 09.06. 2013	Berlin	Aufarbeitungs- beauftragte der Länder, Bundesstiftung zur Aufarbei- tung der SED- Diktatur	17. Bundes- kongress	"Der 17. Juni 1953 – Aufstand im Kalten Krieg"
11.06.2013	Potsdam	Oberstufen- zentrum	Lehrerfort- bildung	"Jugendwerkhöfe in der DDR"
13.06.2013	Rathenow	Kulturzentrum Rathenow	Ausstellungs- eröffnung	"In der Stadt und auf dem Land! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg."
20.06.2013	Rathenow	Kulturzentrum Rathenow	Vortrag und Diskussion	"In der Stadt und auf dem Land! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg."
07.08.2013	Großräschen	Stadt Groß- räschen, Land- kreis Ober- spreewald- Lausitz	Ausstellungs- eröffnung	"In der Stadt und auf dem Land! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg."
13.08.2013	Potsdam	Evangelisches Gymnasium Hermannswer- der	Lehrerfort- bildung	Die LAkD als Kooperationspartner im Seminarkurs und Beispiele für zeithistorische Themen
27.08.2013	Potsdam	Verein zur Förderung der Projektwerkstatt Lindenstr. 54 e. V.	Workshop und Zeitzeugen- gespräch für bulgarische Schüler	Widerstand und politische Haft in der DDR

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel / Thema
05.09.2013	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag und Diskussion	"Revolution und Transformation in Potsdam 1989/90" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
09.09.2013	Forst (Lausitz)	Kirchengemein- de Forst	Ausstellungs- eröffnung	"28 Jahre getrennt – Das Grenz- regime und seine Folgen für die Brandenburger"
09.09.2013	Cottbus	Gesamtschule Sandow	Zeitzeugen- gespräch mit Dr. Martina Münch und Ulrike Poppe	"Meine Jugend im geteilten Deutschland"
09.09.2013	Guben	Buchhandlung Ex Libris	Buchvorstellung und Zeitzeu- gengespräch	"Andersdenkende – Oppositionelle aus dem Raum Frankfurt/Oder – Gorzow Wielkopolski berichten"
09.09.2013	Forst (Lausitz)	Landkreis Spree-Neiße	Vortrag und Diskussion	"Braunkohleabbau – Umweltschutz – Widerstand in der DDR"
09. – 10.09. 2013	Cottbus	Oberstufen- zentrum	Schülerprojekt- tage	Fotogeschichtsworkshop "Politische Haft in der DDR"
10.09.2013	Großräschen	Landkreis Ober- spreewald- Lausitz, Stadt Großräschen	Lesung und Diskussion	"Als der Kalte Krieg am kältesten war."
11.09.2013	Cottbus	Staatliches Schulamt Cott- bus	Lehrerfortbil- dung	"Der neue Seminarkurs in der GOST: zeithistorische Themen und Kooperationspartner in Südbran- denburg und Nordsachsen"
11.09.2013	Cottbus	Stadt Cottbus	Vortrag und Diskussion	"Trauma, Repression, Integration, Vertrieben in der SBZ/DDR"
12.09.2013	Spremberg	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Das Fahrrad" Reihe: "Zeitschnitt – Liebe in Zeiten der Diktatur"
16.09.2013	Eberswalde	Friedrich Nau- mann Stiftung	Lesung, Diskussion	"Spür die Angst"
18.09.2013	Potsdam	Domino-Film GbR	Film und Gespräch	"Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heim- kinder erzählen"
19.09.2013	Potsdam	Projektwerk- statt Linden- str. 54	Lehrerfort- bildung	"Zeithistorische Themen im Rah- men des Seminarkurses der gym- nasialen Oberstufe für den Raum Potsdam"
15.10.2013	Strausberg	Freie Schule Strausberg	Zwei Buch- lesungen	"Die kurze Lebensgeschichte des Michael Gartenschläger"

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel / Thema
21.10.2013	Potsdam	Einstein- Gymnasium	Schülerwork- shop im Rah- men des Semi- narkurses	Jugendlicher Protest in der DDR
23.10.2013	Potsdam	Domino-Film GbR	Film und Gespräch	"Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heim- kinder erzählen"
24.10.2013	Beeskow	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Septemberliebe" Reihe: "Zeitschnitt – Liebe in Zeiten der Diktatur"
07.11.2013	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag und Diskussion	"Mein Leben ist ein dunkles Lied" – Edeltraud Eckert Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
10.11.2013	Frankfurt (Oder)	BStU-Außen- stelle Frankfurt (Oder)	Lesung, Diskussion	"Stasi-Kinder"
14.11.2013	Erkner	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Zugverkehr unregelmäßig" Reihe: "Zeitschnitt – Liebe in Zeiten der Diktatur"
22.11.2013	Potsdam	Steuben- Gesamtschule	Schülerwork- shop im Rah- men des Semi- narkurses	"Jugendwerkhöfe in der DDR"
28.11.2013	Fürstenwal- de	Filmmuseum Potsdam	Film und Gespräch	"Eine Berliner Romanze" Reihe: "Zeitschnitt - Liebe in Zeiten der Diktatur"
28.11.2013	Potsdam	Domino-Film GbR, Villa Schöningen	Film und Zeitzeugen- gespräch	"Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heim- kinder erzählen"
28.11.2013	Potsdam	BLpB	Vortrag und Diskussion	"Das Jahr 1933 in der Geschichts- wissenschaft der DDR"
05.12.2013	Potsdam	Gedenkstätte Lindenstraße, ZZF, Förder- gemeinschaft Lindenstraße	Vortrag und Diskussion	"Wege aus der Gewalt. Chruscht- schow und die Entstalinisierung in der Sowjetunion" Reihe: "Menschen unter Dikta- turen"
05.12.2013	Potsdam	Domino-Film GbR, Villa Schöningen	Film und Zeitzeugen- gespräch	"Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heim- kinder erzählen"
06.12.2013	Eggersdorf	Friedrich Nau- mann Stiftung	Lesung, Diskussion	"Spür die Angst"
09.12.2013	Potsdam		Lesung, Diskussion	"Der DDR-Militärstrafvollzug und die Disziplinareinheit in Schwedt (1968-1990)"

Datum	Ort	Partner	Art der	Titel / Thema
			Veranstaltung	
17.12.2013	Prenzlau		Lesung, Diskus-	"Der DDR-Militärstrafvollzug und
			sion	die Disziplinareinheit in Schwedt
				(1968 – 1990)"

12.2 Beiträge der Aufarbeitungsbeauftragten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Veranstaltungen Dritter

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema
11.01.2012	Eisenhütten- stadt	Ev. Kirchenkreis an Oder und Spree	Vortrag, Gespräch mit dem Pfarrkon- vent	"SED, Stasi und Versöhnung"
14.01.2012	Berlin	BStU	Podium Informationsstand	"Wissen wie es war", Bürger- tag in der Stasi-Zentrale
08.02.2012	Branden- burg an der Havel	Ev. Kirchenkreis Mittelmark-Bran- denburg	Vortrag, Gespräch mit dem Pfarrkonvent	"Staatssicherheit – War das der ganze Unterdrückungs- apparat"
03.03.2012	Frankfurt (Oder)	BStU	Podium	"Zwischen Anpassung und Widerstand"
04.03.2012	Neubran- denburg	BStU-Außenstelle Neubrandenburg	Podium	"Wissen wie es war"
05.03.2012	Berlin	Kulturradio rbb, Lea Rosh Kom- munikation und Medien GbR	Gespräch	Salon in der Galerie
13.03.2012	Gotha	Heinrich-Böll-Stif- tung Thüringen e. V.; Stiftung Ettersberg	Vortrag, Gespräch	"Rentnerparadies? – Vom Umgang mit Alten im Sozialismus"
14.03.2012	Potsdam	Arbeitsgemein- schaft Staat und Gesellschaft e.V.	Vortrag, Gespräch mit einer Gruppe der Bundeswehr	Vorstellung Arbeit der LAkD
21.03.2012	Potsdam	Landessozialge- richt Berlin-Bran- denburg	Vortrag, Diskussion	"Gründung der Justiz in Bran- denburg"
30.03.2012	Königs Wus- terhausen	Gemeinsames Juristisches Prü- fungsamt der Länder Berlin und Brandenburg	Vortrag, Diskussion	"Justiz im Lande und Stasi- Verdacht"
31.03.2012	Frankfurt (Oder)	Ev. Kirchenkreis an Oder und Spree	Vortrag, Gespräch Kreissynode	"Aufarbeitung der Folgen der komm. Diktatur in der DDR"

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema
31.03.2012	Berlin	Friedrich-Nau- mann-Stiftung für die Freiheit, Zentrum für Zeit- historische For- schung Potsdam, Theater 89	Podium	"Das Ende der SED. Die letz- ten Tage des Zentralkomitees der SED"
14.04.2012	Chemnitz	Frauenbrücke Ost-West	Vortrag, Diskussion	"20 Jahre Frauenbrücke Ost-West."
17.04.2012	Potsdam	Arbeitsgemein- schaft Staat und Gesellschaft e. V.	Vortrag, Gespräch mit einer Gruppe von Mitarbeitern der Luftwaffe	Vorstellung Arbeit der LAkD
18.04.2012	Berlin	Auswärtiges Amt	Vortrag, Gespräch vor Delegation aus Maghrebstaaten	"Frauen in der Revolution. Der Fall der Mauer und die Rolle der Frauen"
04.05.2012	Potsdam	FU Berlin	Gespräch mit südkoreanischen Bürgermeistern	Erfahrungsaustausch; Vorstellung der Arbeit der LAkD
06.05.2012	Halle an der Saale	Kirchengemeinde	Predigt zur Jahreslosung	Jesus Christus spricht: Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.
07.05.2012	Berlin	Evangelische Aka- demie Berlin	Gespräch	"Stasi vs. Ludwig Mehlhorn – Neue Erkenntnisse aus den Archiven der Geheimdienste"
08.05.2012	Berlin	Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	Gesprächs- runde	"20 Jahre Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur"
21.05.2012	Berlin	The Congressional Study Groups	Gespräch mit Mitarbeitern des US-Congress	Vorstellung der Arbeit der LAkD
05.06.2012	Potsdam	Heinrich-Böll-Stif- tung e. V.	Gespräch mit belarussischer Besuchergruppe	Vorstellung der Arbeit der LAkD
06.06.2012	Berlin	DHM	Ausstellungs- eröffnung	"Fokus DDR."
15.06.2012	Potsdam	Arbeitgeberver- band Zement und Baustoffe	Vortrag, Diskussion	"Schatten der Vergangenheit"
19.06.2012	Königs Wus- terhausen	Stadt Königs Wusterhausen	Informationsstand	"Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur" und "Akteneinsicht in Stasi- unterlagen"

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema
27.06.2012	Potsdam	Universität Pots- dam	Ausstellungseröff- nung, Podiumsdis- kussion	"Die Geschichte des Standor- tes Potsdam-Golm 1935 – 1991"
02.07.2012	Hoppegar- ten	CDU-Gemeinde- verband Hopp- egarten	Podiums- diskussion	"Reden wir zu viel über Stasi?"
04.09.2012	Berlin	Deutsche Gesell- schaft e. V.; LStU Berlin; Bundesstif- tung zur Aufarbei- tung	Podiumsgespräch	"Als Deutscher unter Deutschen" Der Staatsbesuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik 1987
08.09.2012	Jamlitz	Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V.	Gedenkansprache	
13.09.2012	Bad Belzig	Kirchengemeinde St. Marien	Gespräch	"Kunstpolitik in der DDR" mit Bezug zu Roger Loewig
19.09.2012	Potsdam	Wildparkakademie	Vortrag, Gespräch	"Vom Bohren dicker Bretter. Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Brandenburg"
26.09.2012	Kyritz	Ev. Kirchenkreis Kyritz-Wuster- hausen	Vortrag, Diskussion	"Aufarbeitung der Folgen der komm. Diktatur
26.09.2012	Berlin	Forum Ostdeutsch- land der Sozialde- mokratie e. V.	Gespräch zur Buchvorstellung	"Gespräche unter Deutschen – Von der Wiedervereinigung geteilter Meinungen"
02.10.2012	Potsdam	Evangelische Kirchengemeinde Babelsberg	Andacht	"Das Gestern, das Heute und das Morgen"
10.10.2012	Berlin	Auswärtiges Amt	Vortrag, Diskussion	"Women During the Revolu- tion – the Fall of the Berlin Wall and the Role of Women"
16. – 18.10. 2012	Oldenburg	Universität Oldenburg	Vortrag, Diskussion	Erinnerungskonstitution im Konzept der "Restorative Justice" in Bezug auf System- unrecht
18. – 19.10. 2012	Potsdam	Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik; Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg	Workshop – Vortrag, Diskussion	"Brücken im deutsch- deutschen Recht bauen"
22.10.2012	Strausberg	Lebenshilfe e. V.	Fachkräfte- fortbildung	Der Fonds Heimerziehung in der DDR und die heutige Situation der Betroffenen

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema	
22.10.2012	Neuenhagen bei Berlin	CDU-Gemeinde- verband Neuen- hagen	Vortrag, Gespräch	"Der lange Weg Branden- burgs zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur"	
25 28.10.2012	Güstrow	Telefonseelsorge Mecklenburg- Vorpommern	Workshop	"Der lange Schatten der DDR"	
01.11.2012	Berlin	Bundesstiftung Aufarbeitung	Podiums- diskussion	"20 Jahre SED-Unrechtsbereinigungsgesetz"	
02.11.2012	Wittenberge	Gymnasium Wittenberge	Colloqium	"Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – gehört die Aufarbeitung von Diktaturen noch dazu?"	
03.11.2012	Nauen	Ev. Kirchenkreis Nauen-Rathenow	Vortrag, Diskussion	"Schuld, Vergebung, Versöhnung? – Die Aufgabe unserer Kirche und ihrer Gemeinden bei der Aufarbeitung von DDR-Unrecht"	
06.11.2012	Potsdam	Paritätischer Wohlfahrtsver- band	Vortrag und Dis- kussion	Die Heimerziehung in der DDR und der Fonds Heimer- ziehung	
07.11.2012	Berlin	Bürger Europas e. V.	Vortrag, Diskussi- on mit einer ägyp- tisch-deutschen Jugendgruppe	"Friedliche Revolution"	
08.11.2012	Potsdam	Universität Potsdam	DenkMahl-Reihe: Podiumsdiskus- sion	"Mahn- und Meilenstein – der 9. November in der deut- schen Geschichte"	
08.11.2012	Potsdam	Staatskanzlei des Landes Branden- burg	Ausstellungs- eröffnung	"Kunst – Fundstücke" Katrin Hattenhauer	
13.11.2012	Lutherstadt Wittenberg	Institut für Dikta- tur-Folgen-Bera- tung	Fachtag: Referat	"Formen des Erinnerns im Rahmen von Politik und Gesellschaft: Defizite und Desiderate"	
22. – 23.11. 2012	Dömitz	Politische Memo- riale, Landeszent- rale für politische Bildung Mecklen- burg-Vorpommern	Projekttage für Schüler des Gym- nasiums Dömitz	Zwangsaussiedlungen und Grenzregime in der DDR an der innerdeutschen Grenze	
23.11.2012	Berlin	Kirchengemeinde Hoffnungskirche	Predigt	"Dein Wort ist meines Fußes Leuchte – ein Wort aus der Bibel, das mich trägt und leitet."	

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema	
01.12.2012	Neudieten- dorf	Ev. Akademie Thüringen	Tagung "Leben in der Vision des Urchristentums oder alimentierte Autarkie im Unrechtsstaat"	Podium: Theologische Ver- klärung oder säkularisierter Realismus? Konsequenzen der Erinnerung der DDR- Kirchen für die Gegenwart in Deutschland	
20.12.2012	Hamburg	Universität Hamburg	Vortrag	"Modelle der Aufarbeitung des Unrechts in der DDR. Versöhnung nach Systemun- recht"	
14.02.2013	Potsdam		Podiumsdiskus- sion bei Tagung "Opfer, Täter, Jedermann?"	"Sensible Begegnungen: Zeitzeugenarbeit mit Opfern der SED-Diktatur".	
03.03.2013	Potsdam	Evangelische Kir- che in Potsdam	Potsdamer Passi- ons-Predigten	"Auch mein Freund, dem ich vertraute …" (Psalm 41, 10)	
04.03.2013	Berlin	John Carroll University	Gespräch mit Studenten	Aufarbeitung 20 Jahre nach der Revolution: Vorstellung der Arbeit der LAkD	
07.03.2013	Branden- burg an der Havel	MBJS	Vortrag vor Gedenkstätten- lehrerinnen und -lehrern	Demokratieerziehung mit Hilfe zeitgeschichtlicher Themen	
12.03.2013	Königs Wus- terhausen	Justizakademie des Landes Bran- denburg, Deut- scher Juristinnen- bund	Ausstellungser- öffnung "Juristin- nen in der DDR": Vortrag	"Umbruch und Aufbau des Justizsystems am Beispiel Brandenburgs"	
12.03.2013	Berlin	Ravensburger Buchverlag	Podiumsdiskus- sion anlässlich Buchvorstellung	"Gegen den Strom der Unfreiheit – Zeitzeugen der DDR erinnern sich"	
19.03.2013	Potsdam	Konrad-Adenauer- Stiftung	Gespräch mit albanischer Besu- chergruppe	Vorstellung der Arbeit der LAkD	
21.03.2013	Potsdam	Potsdamer Juristi- sche Gesellschaft	Vortrag	"Erbgüter und Erblasten – Zum Umgang mit den Folgen der DDR-Diktatur"	
18.04.2013	Potsdam	Friedrich-Ebert- Stiftung	Gespräch mit Bildungsminister Bosnien und Her- zegowina	Erfahrungen im Umgang mit Vergangenheitsaufarbeitung	
19.04.2013	Lehrte	Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.	Vortrag, Diskussion	"Alltag und politische Opposition im autoritären Staat"	

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema
23.04.2013	Lübben	Landkreis Dahme- Spreewald	Ausstellungser- öffnung: Einfüh- rungsvortrag	"Ziel: Umerziehung"
25.04.2013	Berlin	Europäische Aka- demie Berlin	Gespräch mit Delegation tu- nesischer Re- gierungsmitar- beiter(innen)	"Transformationserfahrungen in Ostdeutschland aus der Sicht eines Oppositionellen"
03.05.2013	Hamburg	Deutscher Evange- lischer Kirchentag	Podiums- diskussion	"Woher kommt die Kraft zu widerstehen?"
13.05.2013	Potsdam	Schulprojekt des Jugendheimes Siethen	Jugendworkshop	"Wie lebten junge Menschen in Jugendwerkhöfen der DDR?"
16.05.2013	Zehdenick	SPD	Diskussion mit Schülerinnen und Schülern	Vergangenheitsaufarbeitung anhand des Filmes "Barbara"
05.06.2013	Rüsselsheim	Gegen Vergessen für Demokratie e. V.	Gesprächsrunde mit Schülerinnen und Schülern	17. Juni 1953
05.06.2013	Mörfelden- Walldorf	Gegen Vergessen für Demokratie e. V.	Vortrag, Diskussion	Erinnerung an den Arbeiter- aufstand in der ehemaligen DDR am 17. Juni 1953
06.06.2013	Mörfelden- Walldorf	Gegen Vergessen für Demokratie e. V.	Gesprächsrunde mit Schülerinnen und Schülern	17. Juni 1953
17.06.2013	Branden- burg an der Havel	Landtag, Landes- regierung, Landes- verfassungsgericht	Vortrag	Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg anläss- lich des 60. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953
17.06.2013	Eberswalde	Stadt Eberswalde	Vortrag und Dis- kussion	Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 im Land Brandenburg
28.06.2013	Berlin	Friedrich-Ebert- Stiftung	Vortrag beim Egon-Bahr-Se- minar für euro- päisch-russische Verständigung	Auseinandersetzung mit DDR-Vergangenheit
26.08.2013	Grüneberg	Stiftung für Folter- opfer	Teilnahme am Info-Stand	
30.08.2013	Eberswalde	Hochschule für nachhaltige Ent- wicklung	Grußwort	Festveranstaltung

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema	
03.09.2013	Berlin	Europäische Akademie Berlin	Vortrag und Ge- spräch mit tunesi- schen Regierungs- mitarbeitern	"Transformationserfahrunge in Ostdeutschland aus Sicht eines Oppositionellen"	
03.09.2013	Potsdam	The German Mar- shall Fund of the United States	Vortrag und Ge- spräch mit Dele- gation Congress- Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern	"Living under the GDR Dictatorship"	
07.09.2013	Mühlberg	Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.	Gedenkansprache	Gedenken	
08.09.2013	Lutherstadt Wittenberg	Evangelische Akademie Wittenberg	Wittenberger Kanzelrede	Reformation und Toleranz	
15.09.2013	Cottbus	Evangelischer Kir- chenkreis Cottbus	Workshops beim Jugendsonntag	"An Grenzen stoßen und mutig sein"	
16.09.2013	Erkner	Kinder- und Ju- gendhilfeverbund	Vortrag	"Die Heimerziehung in der DDR und ihre Folgen für die Betroffenen"	
01.10.2013	Toulouse	Goethe-Institut	Vortrag und Ge- spräch	"Opposition in der DDR"	
03.10.2013	Stuttgart	Deutschlandfunk	DLF-Magazin Extra zum Tag der deut- schen Einheit	Deutsch-deutscher Alltag 23 Jahre nach der Wiederver- einigung	
07.10.2013	Berlin	Bundeszentra- le für politische Bildung	Podiums- diskussion	Praxis der Aufarbeitung	
09.11.2013	Potsdam	FORUM zur kritischen Ausein- andersetzung mit DDR-Geschichte im Land Branden- burg e. V.	Gedenkver- anstaltung	Grußwort	
11. – 13.10. 2013	Lutherstadt Wittenberg	Evangelische Aka- demie Sachsen- Anhalt	Workshop	"Scham und Menschenwürde – der Pranger als Instrument der Politik"	
11.11.2013	Tübingen	Universität Tübin- gen	Vortrag, Diskus- sion	Studium-Generale-Reihe "Erlebte DDR-Geschichte"	
15./16.11. 2013	Potsdam	Landesjugendring	Beteiligung am Jugend- geschichtstag	"Kindheit und Jugend in Brandenburg – Erinnerungs Wert!?"	

Datum	Ort	Veranstalter	Art der	Thema
			Veranstaltung	
19.11.2013	Potsdam	Fonds "Heimerzie- hung in der DDR von 1949 bis 1990"	Treffen der Leiter der Anlauf- und Beratungsstellen	
26.11.2013	Berlin	Kiezspinne FAS e. V.	Vortrag, Diskussion	Aufarbeitung der Vergangenheit

12.3 Die Aufarbeitungsbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Leitung:

Ulrike Poppe

Tel.: 0331 / 23 72 92 0

E-Mail: aufarbeitung@lakd.brandenburg.de

Stellvertretung der LAkD und politisch-historische Bildung:

Dr. Marie Anne Subklew-Jeutner

Tel.: 0331 / 23 72 92 23

E-Mail: marianne.subklew-jeutner@lakd.brandenburg.de

Sekretariat:

Nadine Domhardt Tel.: 0331 / 23 72 92 0

E-Mail: nadine.domhardt@lakd.brandenburg.de

Geschäftsführung, Aufarbeitung Bildungswesen und politisch-historische Jugendbildung:

Silvana Hilliger

Tel.: 0331 / 23 72 92 22

E-Mail: silvana.hilliger@lakd.brandenburg.de

Historische Forschung, Gedenkstätten und Öffentlichkeitsarbeit:

Rainer Potratz

Tel.: 0331 /23 72 92 24

E-Mail: rainer.potratz@lakd.brandenburg.de

Sachbearbeitung:

Kati Wuttke

Tel.: 0331 / 23 72 92 12

E-Mail: kati.wuttke@lakd.brandenburg.de

Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen:

Tel.: 0331 / 23 72 92 21

Petra Morawe

E-Mail: petra.morawe@lakd.brandenburg.de

Reinhard Schult

E-Mail: reinhard.schult@lakd.brandenburg.de

Michael Körner, gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung Aufarbeitung

E-Mail: michael.koerner@lakd.brandenburg.de

Anlauf- und Beratungsstelle Heimerziehung in der DDR von 1949 bis 1990

Tel.: 0331 / 23 72 92 17

E-Mail: anlaufstelle@lakd.brandenburg.de

Martin Gollmer Yvonne Laue Birgit Schmelz Nicole Jecker

12.4 Übersicht Zuwendungen durch die LAkD im Jahr 2012

Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.	"Lager zweier Diktaturen" – Erweiterung der 2008 gemeinsam mit Schülern erstellten Wanderausstellung zur Nutzung für Schülerprojekte und Lehrerfortbildungen sowie Nachbereitung von Lagerbegehungen.	1.040,00€
Landesjugendring Brandenburg e. V.	"Leben mit der Mauer" – viereinhalbtägiger Workshop mit 20 Jugendlichen zur Geschichte der Mauer und den Aus- wirkungen auf das Leben der Menschen in Brandenburg. Aktive Erforschung der Geschichte mit Zeitzeugengesprä- chen und Aufsuchen historischer und neuer Lernorte.	6.000,00€
	4 Tagesworkshops mit Jugendheim zur Erforschung der Geschichte des Jugendheims "Heinrich Zille" in Siethen mittels Zeitzeugeninterviews und Quellensuche, Erstellung Filmmaterial zum Thema Leben im Jugendheim in der DDR unter Anleitung einer medienpädagogischen Fachkraft.	1.000,00€
theater 89 gGmbH	"HAFTHAUS" – 3 Theatervorstellungen in der Gedenkstätte Lindenstraße, davon eine Schülervorstellung. Das Theaterstück beruht auf dem Gefangenenbericht von Ralf-Günter Krolkiewicz über seine Zeit in der Untersuchungshaftanstalt Potsdam-Lindenstraße und ist ein wertvolles Zeitdokument über Repression und Verfolgung Andersdenkender in der ehemaligen DDR.	1.907,75€
Verein zur Förderung der Projektwerkstatt Lindenstraße e. V.	Aufzeichnung von 5 Zeitzeugeninterviews mit politisch Verfolgten aus der Zeit der SBZ und der frühen Jahre der DDR zum Einsatz in der historisch-politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen sowie bei Lehrerfortbildungen in der Projektwerkstatt Lindenstraße.	3.170,00€
Stadtarchiv Hennigsdorf	Durchführung von Archivrecherchen und Zeitzeugeninterviews als Grundlage für eine Dauerausstellung im ehemaligen Führungsturm der DDR-Grenztruppen im Ortsteil Nieder Neuendorf. Schwerpunkt Alltag der Grenztruppen, interne Überwachungsmaßnahmen und Folgen des Grenzregimes für die Menschen in der Region.	8.180,00€
Stadtmuseum Schwedt/Oder	"Erinnerungszeichen / Spür die Angst" – Durchführung von 8 Zeitzeugeninterviews und Erstellung eines druckfä- higen Manuskripts als Grundlage für eine Publikation über die Lebens- und Arbeitswelt in der Disziplinareinheit in Schwedt/Oder und die Wahrnehmung durch die Bürger.	4.752,00€
Gemeinschaft der Verfolgten des DDR-Systems Bran- denburg e. V.	"Spurensuche in der Prignitz" – Durchführung und Dokumentation (Transkription, Videoschnitt) von 8 audiovisuellen Zeitzeugeninterviews mit Menschen aus der Region Prignitz zur Verwendung in der Politischen Bildung im DDR-Museum Perleberg.	8.000,00€
		34.049,75 €